

Textilarbeiter-Zeitung

für die Interessen der Textilarbeiter
und -Arbeiterinnen aller Branchen.

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands

Nr. 21.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Für Nichtmitglieder durch die Post bezogen vierteljährlich 3 Mark. Fernsprech-Nummer 4423.

Düsseldorf, 25. Mai 1912.

Redakteur: A. Seutmann, Düsseldorf, Kavalleriestr. 22. Expedition u. Druck von Joh. van Aken, Krefeld. Tel.-Nr. 1358. Beleg-Adresse: Textilverband Düsseldorf.

14. Jahrg.

Pfingsten!

Durch malenartige, junge Buchen weht
Der Morgenwind auf weichen Taubenschwingen,
Aus lichten Wipfeln quillt ein schüchtern Singen,
Und wo im Moos der wilde Springauf steht,
Wallt mit dem Duft ein silberfeines Klängen — —
Es ist wie Ahnen künft'ger Erntezeit,
Das heimlich durch verträumte Wälder gleitet,
Das alle Lebenskräfte weckt und weitet
Und stumm nach der Erfüllung Herrlichkeit
In Jugendsehnsucht scheu die Arme breitet . . .
Da braust von Osten her ein Jubelklang,
Wie Sturmesfittich rauscht es in den Zweigen,
Dass sich die Frühlingsskronen zitternd neigen:
Die Sonne glüht empor, zum Siegesgang,
Und strömt ihr leuchtend, Feuer in das Schweigen!
Und alle Glocken jauchzen durch das Land,
Und alle Vögel einen ihre Lieder:
Der Lebensgeist des Schöpfers flammt hernieder,
Der Herr der Welt reicht uns die Segenshand
Und Pfingsten, fröhlich Pfingsten ward es wieder!
Alice Frein von Gaudy.

Die Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften.

Es ist eine seit Jahren zu beobachtende Tatsache, daß die christlichen Gewerkschaften bei jeder Gelegenheit, wo sie Konsequenzen aus ihrer grundsätzlichen Stellung ziehen, verdächtigt werden. Das geschieht zunächst von der sozialdemokratischen Presse und von jener der freien Gewerkschaften. Man kann das schließlich begreifen, wenn natürlich auch nicht entschuldigen. Daran, daß die christlichen Gewerkschaften sich nach besten Kräften für das Wohl der Arbeiter einsetzen, kann ein berechtigter Zweifel nicht erhoben werden. Man kann übrigens den Presseäußerungen genannter Art nachgehen, soweit man will: es kann auch nicht der Schatten eines Beweises dafür erbracht werden, daß die christlichen Gewerkschaften wider ihre bessere Ueberzeugung gegen die Wahrnehmung der Arbeiterinteressen sich veründigt hätten. Insofern erscheint es aber auf der anderen Seite als eine Verleumdung wider besseres Wissen, wenn man die christlichen Gewerkschaften als gelbe Organisationen bezeichnet, um dadurch darzutun, daß sie die Arbeiterinteressen nicht in der gehörigen Weise hüteten.

Eine Aeußerung des Münchener Professors Brentano bei Gelegenheit des Bergarbeiterstreiks hat daran erinnert, daß auch manche wissenschaftlichen Kreise sich von dem Geschrei der Gegner haben beirren lassen. Dabei ist es geradezu ein Hohr auf alle Wissenschaft, daß auch die Vertreter der letzteren vom Schlage Brentanos nicht mit Tatsache aufwarten, wozu sie doch eigentlich als wissenschaftlich gebildete Leute verpflichtet wären, sondern, daß sie genau dieselben beweislosen und unbeweisbaren Phrasen wiederholen, wie es die Gegner der christlichen Gewerkschaften aus Prinzip tun. So hat sich Brentano in einem Artikel des Berliner Tageblattes nicht geschaut, in das allgemeine Geschrei mit einzustimmen, wonach die christlichen Gewerkschaften sich von „Rom“ aus Weisungen für ihr Verhalten auf wirtschaftlichem Gebiete geben ließen und daß die Haltung des Gewerksvereins

christlicher Bergarbeiter bei dem letzten Bergarbeiterstreik keinen anderen Zweck habe als den, sich das Wohlgefallen „Roms“ zu erringen und dadurch einem drohenden Verbot der christlichen Gewerkschaften vorzubeugen. Wie gesagt, all das, was die sozialdemokratische Presse seit Jahr und Tag wiederholt, ohne jemals den Schatten eines Beweises erbracht zu haben. Die Erbringung eines solchen Beweises ist ja auch vollständig unmöglich, weil eben, wie von maßgebender Seite immer wieder mit Nachdruck erklärt worden ist, an der ganzen Geschichte kein wahres Wort ist.

Alles das ist nur ein Beweis dafür, daß die christlichen Gewerkschaften in ihrer öffentlichen Wirksamkeit sowohl mit einer großen Gegnerschaft zu rechnen haben, wie auch sehr wenig Verständnis finden. Man will es nicht einsehen, daß sie ihren ganzen Grundgedanken entsprechend gar nicht anders handeln konnten, wie sie in den letzten Jahren gehandelt haben. Im Anfang ihres Bestehens hat man sich über diese grundsätzliche Stellungnahme sehr oft lustig gemacht und gesagt, die Verhältnisse würden schon von selbst die christlichen Gewerkschaften dazu zwingen, diese Grundsätze beiseite zu legen. Was beweist nun die Tatsache, daß man nunmehr ein solch großes Geschrei gegen die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften erhebt und sogar die Wissenschaft dagegen mobil zu machen sucht? Das beweist nichts anderes, als daß die christlichen Gewerkschaften sich im öffentlichen Leben durchgesetzt haben. Man beginnt ihre Wirksamkeit überall zu spüren. Es zeigt sich, daß da eine Bewegung heraufkommt, die aller Gegnerschaft zum Trotz ihre eigenen Wege geht und ganz andere Anschauungen mit Erfolg unter der Arbeiterschaft verbreitet als diejenigen, mit denen die Arbeiterschaft bisher umworben worden ist. Und zwar handelt es sich dabei um Anschauungen, die sich sehr wohl vertragen mit dem Bestreben der Arbeiter, ihre Stellung zu verbessern. Würden nicht unverantwortliche Faktoren eine so große und eine so unberechtigte Unzufriedenheit in den Kreisen der deutschen Arbeit seit Jahren systematisch verbreitet haben, so würden unsere Anschauungen zweifellos sich mit noch viel größerem Erfolge innerhalb der deutschen Arbeiterschaft durchgesetzt haben. Aber schon der Umfang, in dem dies heute der Fall ist, muß ein sehr beträchtlicher sein und sich den Gegnern in ihrer Arbeit schwer fühlbar machen, sonst würden sie nicht die Haltung einnehmen, die wir vorher charakterisiert haben.

Natürlich ist es auch den Gegnern nicht unmöglich, in das Verständnis für die Eigenart der christlichen Gewerkschaften einzudringen. Aber das will man gar nicht. Es dürfte ein Ding der Unmöglichkeit sein, eine von gegnerischer Seite verfaßte sachliche Darlegung über die Eigenart der christlichen Gewerkschaften vorzulegen. Man hütet sich daher in dem Bewußtsein, daß diese Eigenart auf jeden vernünftigen und logisch denkenden Arbeiter, der bisher unser Gegner war, eine vollständige Sinnesänderung hervorbringen müßte. Denn es gibt tatsächlich kaum etwas logischeres als die Stellungnahme der christlichen Gewerkschaften zu den Problemen unseres Wirtschaftslebens. Sie sagen sich, daß die Gewerkschaft nur dann Aussicht auf Erfolg hat, wenn sie mit dazu beiträgt, aus der deutschen Volkswirtschaft den größtmöglichen Nutzen herauszuschlagen und zwar deswegen, weil ja die Gewerkschaften zu den Problemen unseres Wirtschaftslebens gehören. In diesem ganz einfachen und sehr durchsichtigen und vernünftigen Gedanken ist eigentlich das ganze Wirtschaftsprogramm der christlichen Gewerkschaften enthalten. Aber, wie gesagt, das wird jenen nicht erzählt, um deren Gewinnung sich die gegnerischen Organisationen bemühen. Statt dessen sucht man

nach allen möglichen und unmöglichen Kombinationen, um die christlichen Gewerkschaften in einem Dichte erscheinen zu lassen, daß jeder frei und unabhängig denkende Arbeiter sich von ihnen abgestoßen fühle.

Wir sind das nun seit Jahren gewöhnt und regen uns wahrhaftig nicht mehr darüber auf. Nur kommt es immer wieder darauf an, gelegentlich zu sagen, was ist, damit auch jene Kreise über die Wahrheit aufgeklärt werden, die bisher noch keine Gelegenheit hatten, in unsere Anschauungen einzudringen. Es kommt insbesondere darauf an, dieses gegenüber den evangelischen Kollegen hervorzuheben, denen man mit der Vorspiegelung „römischer“ Einflüsse ein Grauen vor der Mitarbeit in den christlichen Gewerkschaften einflößen will.

Die Namen der volkswirtschaftlichen Professoren haben unter der deutschen Arbeiterschaft einen guten Klang und es ist selbstverständlich, daß auf deren Urteil großer Wert gelegt wird. Es ist aber von sehr großer Wichtigkeit, zu unterscheiden zwischen dem, was ein solcher Professor als Ergebnis der Wissenschaft darlegt und dem, was er als Privatmann oder als Politiker behauptet und erklärt. Wissenschaft ist es nicht, wenn sich ein solcher Professor an bloßen Gerüchten und Verdächtigungen beteiligt, die von gegnerischer Seite gegenüber den christlichen Gewerkschaften erhoben werden. Wissenschaft ist es deswegen nicht, weil, wie gesagt, nicht der Schatten eines Beweises erbracht werden kann. Die erste Voraussetzung der Wissenschaft ist aber dasjenige, was als Behauptung aufgestellt wird, mit Tatsachen zu belegen. Sonach kann es selbst der gelehrteste und gefeiertste Universitätsprofessor den christlichen Gewerkschaften nicht verübeln, wenn sie über das, was er an unbewiesenen Behauptungen ihren Gegnern nachplappert, genau so zur Tagesordnung überzugehen wie über das Geträgche der Gegner selbst. Man halte doch die christlichen Gewerkschaften nicht für Kinder, die nicht zwischen weiß und schwarz zu unterscheiden vermögen. Andererseits aber muß darauf aufmerksam gemacht werden, daß es das Ansehen der Wissenschaft durchaus nicht vermehren kann, wenn ihre Vertreter die ödesten und abgedroschensten Phrasen, in derselben leichtfertigen Weise sagen und schreiben, die der Gegner, also der am wenigsten Vorurteilsfreie, gegen eine ihm nicht passende Richtung aufstellt.

Aus dem Jahresbericht der Gewerbeinspektionsbezirke des Regierungsbezirkes Münster.

o. Die alljährlich erscheinenden Jahresberichte der Königlich Preussischen Gewerbeämter enthalten u. a. wertvolles Material über die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse in den einzelnen Industrien. Dies trifft auch für den Jahresbericht des Bezirks Münster zu, aus dem wir jedoch nur die Verhältnisse und Zustände in der im Münsterlande bedeutend vertretenen Textilindustrie besprechen wollen. Vorausgeschickt sei, daß wir in mehreren Punkten der in dem Bericht zum Ausdruck gebrachten Ansicht nicht beipflichten können.

Einleitend erörtert der Bericht die im Textilgewerbe eingetretene bessere Konjunktur, welche in vielen Betrieben die Verrichtung von Ueberstundenarbeit notwendig machte. Eine Vermehrung der Betriebe hat in der Textilindustrie des Bezirks in nennenswertem Maße nicht stattgefunden; einige Betriebe wurden jedoch erheblich vergrößert. Ueber die Zunahme der beschäftigten Arbeiter sind genaue Angaben in dem Bericht nicht enthalten. Hinsichtlich der Zunahme der Arbeiterinnen wird jedoch betont, daß die Zunahme hauptsächlich auf die Textilindustrie entfällt. (Wie auch in der Textilindustrie des Münsterlandes die weib-

liche Arbeitskraft immer mehr Verwendung findet, ging aus dem vorjährigen Bericht der Handelskammer Münster deutlich hervor, welches hier nebenbei Erwähnung verdient. Nach dem Handelskammerbericht nahm die Zahl der im Handelskammerbezirk Münster in der Textilindustrie beschäftigten Arbeiter um 628 zu. Unter diesen 628 waren 577 Arbeiterinnen und nur 51 männliche Arbeiter.)

Anträgen auf Zulassung von Ueberarbeit wurde in 47 Fällen stattgegeben, gemäß § 138a der G.D. (Außergewöhnliche Häufung der Arbeit.) Für erwachsene Arbeiterinnen in 16 Fällen, gemäß § 139 Abs. 1 der G.D. Voraufgegangene Unterbrechung des Betriebes wegen Naturereignisse oder Unglücksfälle. Auf Grund desselben Paragraphen wurde in 11 Fällen auch Ueberbeschäftigung von jugendlichen Arbeitern zwischen 14 und 16 Jahren gestattet. Von der immerhin durch das Gesetz beschränkten Möglichkeit, die Arbeiterinnen und Jugendlichen länger zu beschäftigen, ist also ziemlich Gebrauch gemacht worden; besonders, wenn man bedenkt, daß infolge der Konjunkturbedingungen sich diese Zulassungen wohl nur auf die letzte Hälfte des vorigen Jahres erstrecken werden.

„In einigen Betrieben wurde gefunden“, so heißt es in dem Bericht, „daß die an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage auf acht Stunden beschränkte Arbeitszeit der Arbeiterinnen um ein geringes überschritten wurde. In einzelnen Fällen, und zwar besonders in kleineren Betrieben, wurden Arbeiterinnen an solchen Tagen nach der zulässigen Zeit noch mit Putzarbeiten beschäftigt. Da offenbar Furcht oder Unkenntnis vorlag, die Erfüllung der gesetzlichen Vorschrift für die Zukunft auch als gesichert angesehen werden konnte, wurde von einer Strafanzeige Abstand genommen.“

Auffallend ist hier die milde Beurteilung dieser Verhältnisse. Nach unseren Erfahrungen dürfte dieselbe doch in vielen Fällen weniger am Platze sein. Eine genaue Untersuchung, speziell in manchen Spinnereien, würde das Ergebnis gezeigt haben, daß nicht nur an den Vorabenden der Sonn- und Feiertage, sondern auch an sonstigen Werktagen oftmals die zulässige Arbeitszeit überschritten wurde. Allerdings kann nicht abgefritten werden, daß auch ein Teil der Arbeiter bzw. Arbeiterinnen von Schuld nicht ganz frei zu sprechen sind, indem sie, ungeachtet der Verbote, in den Pausen, mittags und morgens, vor Beginn der Arbeitszeit, Arbeit verrichteten. Das Verständnis für die Bedeutung des Arbeiterschutzes geht leider auch noch einem größeren Teile der Arbeiterschaft ab.

Hinsichtlich der Arbeitsordnungen ist die Bemerkung beachtenswert, daß immer wieder die Beobachtung gemacht wurde, daß viele Betriebsleiter mit den gesetzlichen Vorschriften für die Aufstellung der Arbeitsordnungen nicht bekannt seien. Vollige Umarbeitungen der eingereichten Entwürfe durch die Gewerbeinspektionsbeamten gehören nicht zu den Seltenheiten. Wir können diesen Feststellungen, welche auch unseren Erfahrungen entsprechen, noch hinzufügen, daß auch manche Unternehmer anscheinend die Bestimmungen des § 134 der G.D. nicht kennen. (Äußerung der großjährigen Arbeiter bzw. Anhörern der ständigen Arbeiterausschüsse bei Erlaß der Arbeitsordnungen oder Nachträgen zu denselben.)

Nicht recht ersichtlich ist, was mit folgender Bemerkung bezweckt werden soll:

„Um von ihrem Lohne, den sie ihren Eltern abliefern mußte, etwas zu erübrigen, setzte eine Arbeiterin selbst Beiträge für Strafen in die Abrechnung ein. Die Fälligkeit kam heraus, als das Mädchen auf Wunsch der Eltern die Beschäftigung aufgeben sollte, weil ihr zu viele Abzüge gemacht worden wären.“

Solche Erscheinungen dürften doch nur vereinzelt da- sein. Es ist ja auch nur dieser eine Fall angeführt. Eine besondere Bedeutung wird man demselben deshalb auch nicht beimessen dürfen.

In dem Jahresbericht wird auch der Gossfelder Streik und die münsterländische Aussperrung einer Besprechung unterzogen. Nachdem kurz der Streik und die örtliche Aussperrung in Gossfeld erwähnt wird, der Anschluß der Gossfelder Fabrikanten an den Verband münsterländischer Textilindustrieller und der Beschluß des Fabrikantenverbandes, eine allgemeine Aussperrung einzuführen, heißt es weiter:

„Die Kündigung erging, wie vereinbart, und am 22. Mai erfolgte die Aussperrung im angebotenen Umfang. Mit Rücksicht auf die große Zahl der Aussperrten — etwa 1000 — nahmen die zuerst ausgeschickten Arbeiter die Arbeit am 1. Juni zu den alten Lohnsätzen wieder auf, und Aussperrung und Aussperrung erreichten damit ihr Ende.“

Wenn auch durch den Kampf nicht das, was als Forderung aufgestellt war, erzielt wurde, so ist doch die Bemerkung „zu den alten Lohnsätzen“, geeignet, die Meinung aufkommen zu lassen, als sei durch den ganzen Kampf (Streik, örtliche Aussperrung und allgemeine Aussperrung) rein gar nichts erzielt worden. Daß dieses doch nicht der Fall ist, hat der münsterländische Arbeitgeberverband in der von ihm geforderten Erklärung selbst zugeben müssen. Man vermisst in dem Bericht nicht nur jede „Kritik“ des Vorgehens des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller, sondern man vermisst auch die Konstatierung der Tatsache, daß die Arbeiter der Firma Goll u. Co. am 15. Mai bereit waren, die Arbeit wieder aufzunehmen; der Arbeitgeberverband also geradezu brutal den Arbeitern die Aussperrung aufgezwungen

hat. Der Arbeitgeberverband verlangte unter schriftliche Erklärungen, daß durch den ganzen Kampf von Anfang bis zu Ende — weder durch den örtlichen Streik, noch durch die örtliche Aussperrung — etwas erzielt worden sei; verlangte mithin, daß die Arbeiter etwas Unwahres bescheinigen sollten. Er mußte dieses auch einsehen und begnügte sich dann mit einer Erklärung vom 30. Mai, welche der Wahrheit entsprach, nachdem also bereits zwei Wochen verfloßen waren. Dabei war den Arbeitgebern eine fast inhaltlich gleichlautende Erklärung bereits am 16. Mai angeboten worden. Auch erreichte mit dem 1. Juni die Aussperrung noch nicht ihr Ende. Trotzdem die Arbeiter der Firma Goll u. Co. die Arbeit wieder aufgenommen hatten und die Ursache der Aussperrung beseitigt war, wurde letztere an mehreren Orten noch nicht aufgehoben, weil manche Firmen nur einen geringen Bruchteil der Arbeiter wieder einstellen wollten. Kurz, bei der Aussperrung im Münsterlande hat der Verband münsterländischer Textilindustrieller eine Rücksichtslosigkeit und Taktik an den Tag gelegt, die einzig dastehen dürfte. Der Bericht der Gewerbeinspektion schweigt sich darüber nicht nur vollständig aus, sondern zeigt in der ganzen Darstellung des Kampfes eine zugunsten der Unternehmer sprechende Tendenz. Im Bezirk Münster ist dieses zwar nichts neues — man erinnere sich der Darstellung über die „Warendorfer Aussperrung“ 1908 — anders wäre jedoch besser, und wir müssen dieses mit Entschiedenheit fordern. Durch solche Berichte wird das, nicht durch die Schuld der Arbeiter, sondern durch die Schuld des Verbandes münsterländischer Textilindustrieller leider bestehende gespannte Verhältnis sicher nicht gebessert.

Ueber die wirtschaftliche Lage der Arbeiter macht der Bericht folgende bemerkenswerten Ausführungen: „Die wirtschaftliche Lage der meisten Arbeiter war unbefriedigend wegen der eingetretenen Verteuerung der Lebensmittel, und weil infolge schleppenden Geschäftsganges oder des Arbeitens mit nur geringem Nutzen während des größeren Teiles des Jahres Lohnbesserungen von den Fabrikanten nicht gewährt werden konnten. Einige Unternehmer zahlten jedoch ihren Arbeitern besondere Teuerungszulagen.“ Nachdem dann die Maßnahmen der Gemeindevorstände, Vereine und Unternehmer zur Linderung der Teuerung erwähnt werden, heißt es weiter: „Klagen über allgemeine Teuerung, die zeitweise laut wurden, dürfen auch, soweit das Münsterland in Frage kommt, als übertrieben bezeichnet werden.“ Danach könnte der Anschein erweckt werden, als ob die Arbeiterschaft des Münsterlandes weniger unter der Teuerung zu leiden gehabt hätte. Dies dürfte aber weniger zutreffend sein. Zwar zieht ein größerer Teil der münsterländischen Arbeiter, auch in der Textilindustrie, durch fleißige Arbeit neben ihrer Berufsarbeit einen Teil landwirtschaftlicher Produkte selbst. Die außerordentliche Dürre des Vorjahres war aber die Ursache, daß manchem die Ernte nicht die Opfer der Einsaat bzw. Pflanzung und die verwendete Arbeit aufbrachte. Tatsache ist auch ferner, daß in vielen Orten des Münsterlandes manche unumgänglich notwendigen Bedarfsartikel, Kolonialwaren u. teurer sind, als in größeren Städten mit regem Austausch, Verkehr und gegenseitiger Konkurrenz. Die Ansicht weiter Kreise, daß die durch die Dürre, Spekulation u. hauptsächlich verursachte Teuerung in mehr ländlichen Arbeitergebieten weniger in Betracht komme, muß zum großen Teil wohl als unzutreffend bezeichnet werden. Bezüglich des wichtigen Nahrungsmittels, der Milch, führt der Bericht folgendes aus:

„Ein wichtiges Nahrungsmittel, die Milch, wird leider einem großen Teil der Gesamt-, also auch der Arbeiterbevölkerung des Bezirks durch Aufkaufung in die immer zahlreicher entstehenden Molkereien und durch Ausfuhr in den eigentlichen Industriebezirk mehr und mehr verteuert.“

Zum Schluß wird dann noch eine Einrichtung erwähnt, nach der in dem Vorraum eines Kontors auf einer Ehrentafel die Namen aller Arbeiter verzeichnet sind, die länger als 25 Jahre in dem Betrieb beschäftigt waren. Arbeitgeber und Arbeiter, zwischen denen ein gutes Verhältnis besteht, haben Freude an dieser Einrichtung, heißt es wörtlich. Wir hegen doch berechtigten Zweifel daran, daß die Freude der Arbeiter an dieser Einrichtung besonders groß ist. Wenn in diesem Betrieb das gerühmte gegenseitige gute Verhältnis auf gute Behandlung, Achtung und Wertschätzung der Arbeitskraft, sowie auf gute Entlohnung zurückzuführen ist, wird die Arbeiterschaft Freude haben. Die Freude über die Ehrentafel dürfte demgegenüber doch nur untergeordneter Natur sein.

Sobiel zu dem Jahresbericht des Regierungs- und Gewerbeamtes für den Bezirk Münster. Es ist gewiß anzuerkennen, daß, besonders auch auf Veranlassung der Gewerbeinspektion, manche — in früheren Jahren von uns gerügt — Zustände in den Betrieben gebessert worden sind, speziell in hygienischer, gesundheitlicher Hinsicht. Leider aber vermüssen wir in dem besprochenen Bericht so viel soziales Denken und Verständnis für das Fühlen und Streben der Arbeiterschaft, als wir es für notwendig erachten.

„Wenns dem Esel zu wohl wird, dann geht er aufs Eis.“

Aus Aachen schreibt man uns: Als einen solchen Eselspartergang kann man die beiden Artikel in Nr. 19 und 20 des „Textilarbeiters“ über die Lohnbewegung in Aachen bezeichnen. Die gründliche Abfuhr, welche wir in Nr. 16 unseres Organs dem „Textilarbeiter“ wegen seines „unschuldigen“ Wochenberichtes gaben, bewirkte, daß der bekannte Wochenberichter in Ohnmacht fiel, und als er aus der Betäubung erwachte, packte ihn das Schreibfieber. Eiligt holte er sich die Mappe der Jahresberichte, setzte sich auf seinen Hohenboden und schrieb — Unsinn.

Mit Zahlen begann er und schloß mit dem bis dahin im „Textilarbeiter“ noch nicht gefundenen Wort — Gott befohlen. Wir sehen, der Mann macht Fortschritte. Mit Zahlen kann man bekanntlich alles beweisen, und durch die angeführten will er feststellen, daß die beiden Ortsgruppen Aachen und Burtscheid unseres Verbandes auf dem letzten Loch pfeifen. Lieber Freund, wir raten dir, in Zukunft mit Zahlen etwas vorsichtiger zu sein, damit dir eine Blamage, wie in diesem Falle, erspart bleibt.

Der Artikler stellte zu seiner Beweisführung die Zahlen dieser Ortsgruppen von den Jahren 1905 und 1911 gegenüber, vergaß jedoch bei der fieberhaften Tätigkeit, diejenigen der Filiale Aachen des „deutschen“ Verbandes anzugeben. Dann soll man auch bei Zahlenangaben nicht in die Ferne schweifen, wenn das Gute und das — Wahre so nahe liegt. Wir wollen dem „Textilarbeiter“ eine andere Rechnung aufmachen, die den Vorzug der Richtigkeit hat.

Laut Generalversammlungsprotokoll zählte die Filiale Aachen des „deutschen“ Verbandes an Mitgliedern: am 1. Januar 1908 990, 1. Januar 1912 710. Mithin in vier Jahren einen Verlust von 280 Mitgliedern oder 28 Prozent.

Die Ortsgruppen Aachen und Burtscheid unseres Verbandes zählten: am 1. Januar 1908 1509 Mitglieder, 1. Januar 1912 1612. Mithin eine Zunahme in vier Jahren von 103 Mitgliedern oder 10 Prozent.

Hier raten wir dem Artikler, eine kleine Stärkung zu sich zu nehmen, damit ein neuer Ohnmachtsanfall verhindert wird, und dann noch einmal die Ueberschrift dieses Artikels nachzulesen. Wenn die „Entwicklung“ der Filiale Aachen des „deutschen“ Verbandes so weiter geht, sind nach genauer Berechnung nach 10 Jahren noch rund 10 Mitglieder vorhanden.

Obige Zahlen beweisen schlagend, welche Organisation in Aachen das Vertrauen der Arbeiter besitzt. Auch der Artikelschreiber des „Textilarbeiters“ hätte schon längst merken können, daß die Aachener Textilarbeiter die plumphen Tricks der roten Verbandsleitung durchschaut und die öde Hegearbeit der in Frage kommenden leitenden Personen herzlich satt haben.

Wir hätten nicht übel Lust, auch das weitere Geschreibsel, welches von Entstellungen und Tatsachenverrentungen wimmelt, Zeile für Zeile zu zerpfücken. Aber es fehlt uns an Zeit und Lust hierzu. Auch ist uns der Raum unseres Organs zu kostbar. Auch, daß der Artikler wesentliche Tatsachen verschweigt, nehmen wir ihm nicht sonderlich krumm. Entweder tat er dieses, weil er den Standpunkt vertritt, daß er dem Gegner gegenüber nicht zur Wahrheit verpflichtet ist und durch Verschweigen mehr lügen kann als durch Reden, in diesem Falle durch Schreiben, oder aber der Mann leidet neuerdings wieder an Gedächtnisschwäche, die sich schon oftmals zeigte, wenn er an sich nicht angenehme Ausprüche oder ähnliches erinnert wurde. Wir können ihm umsoher diese Gewohnheitsfehler verzeihen, weil unsere Mitglieder ohnehin schon lange wissen, daß im „Textilarbeiter“ fast nie ein wahres Wort über den christlichen Textilarbeiterverband geschrieben wird. Betonen wollen wir aber, daß uns das Geschreibsel in den beiden Nummern des roten Verbandsorgans nicht bestimmen kann, auch nur ein einziges Wort von dem zurückzunehmen, was wir in Nr. 16 unseres Organs schrieben.

Wir behaupten auch heute noch — und in den beiden Artikeln des „Textilarbeiters“ wird mit keinem Wort auf diese von uns aufgestellte Behauptung eingegangen — daß die Zeitung des „deutschen“ Verbandes im Dezember 1911 eine Belegschaft von 157 Mann, wovon die Hälfte unorganisiert war, aufforderte, ohne die vertragliche Kündigung einzuhalten am nächsten Tage die Arbeit einzustellen, also kontraktbrüchig zu werden. Wir behaupten des ferneren, daß eine Verbandsleitung, die zu einer solchen, allen gewerkschaftlichen Grundsätzen hochsprechenden Handlungsweise auffordert, es auf eine Niederlage der Arbeiter abgesehen hat, daß sie mit Vorbedacht die Arbeiter zu Putzsch veranlassen will.

Unjagbar traurig muß es um eine Organisation bestellt sein, die zu solchen elenden Agitationsstricks greifen muß, um sich als die energische Vertreterin von Arbeiterinteressen aufzuspielen.

Gottlob wissen die Arbeiter Aachens, was sie von einer derartigen Organisationsleitung zu erwarten haben. Die oben angeführten Zahlen geben darauf eine sprechende Antwort. Nur weiter so mit einer derartigen gewerkschaftlichen Karrentaktik, und der Tag wird nicht fern sein, wo der „deutsche“ Textilarbeiterverband die Geister im eigenen Lager, die er gerufen, nicht mehr los wird.

Unsere Aufgabe in Aachen wird es jedoch sein, die Arbeiterschaft über solche gewerkschaftliche Schablonen aufzuklären und dafür zu sorgen, daß eine solche verrückte Taktik abprallen wird an dem gesunden Menschenverstand der Aachener Textilarbeiter.

Die in Aachen erfolglos versuchte Radikalisierung der Arbeiter wirkt um so abstoßender, wenn man weiß, wie in der vor 14 Tagen vom „deutschen“ Verband abgemurksten allgemeinen Bewegung in Neumünster von einem Beamten dieses Verbandes geradezu um die Herbeiführung von Verhandlungen gewinkt wurde. Am 18. April erklärte der Beamte des „deutschen“ Verbandes in Neumünster, Rögur, dem dortigen Oberbürgermeister, der den Organisationsvertretern die Mitteilung machte, daß die Fabrikanten eine Verhandlung ablehnten:

„Wir sind bereit, erschöpfend zu verhandeln, und mit kleinen Teitzugeständnissen würden wir schon zufrieden sein. Von einem Tarif reden wir gar nicht mehr, den haben wir ja schon fallen lassen.“

Jede weitere Bemerkung würde die Wirkung dieser Gegenüberstellung abschwächen. Betteln und winseln dort, wo der „deutsche“ Verband seine Domänen hat und Straßentripolitik treiben dort, wo er nichts zu sagen und keine Verantwortung hat. Eine nette Gesellschaft!

Geradezu wütend ist der deutsche „Strategie“ aus Aachen in seinem Flugblatt darüber, daß er, als unser Bezirksleiter am 19. März eine Unterredung mit den Chefs der Firma „Haarener Tuchfabrik“ hatte, nicht mit dabei sein konnte. Wenn Lächerlichkeit töten würde, lebte dieser Mann seit dem 19. März nicht mehr.

Einige Wochen vorher lehnte er es ab, dem nahezu einstimmig gefaßten Beschluß der Belegschaft nachzukommen, ein Schreiben an den Arbeitgeberverband zu unterzeichnen und dann wundert er sich, daß man ihn als Luft behandelte. Im übrigen ist er keine so wichtige Persönlichkeit, als daß man seine Abwesenheit bei Verhandlungen irgendwie unangenehm empfände. Aus Aerger darüber, daß er am 19. März einen so glatten Vereinfach erlitt, verbeicht dieser noble Herr eine ganz unqualifizierbare Verächtigung gegen unsern Kollegen Weber. Von der oben erwähnten Unterredung des letzteren mit der Firma schreibt er eben so gehässig wie feige:

„Und welcher Art die „Informationen“ gewesen sind, darüber wird die Nachwelt wohl nie etwas erfahren. So etwas kann man vermuten, Vermutungen aussprechen, das kann, selbst, wenn man damit den Nagel auf den Kopf trifft, gefährlich werden.“

Man sieht, vorsichtig geht dieser Schreibheld zu Werke, wenn es sich darum handelt, ehrliche Menschen zu verunglimpfen und sie des Arbeiterverrats, wenn auch indirekt, zu beschuldigen. Kollege Weber mag sich trösten — dieser Stümper hat vorbeigeschossen.

Er drückt sich vorsichtig aus, weil er Angst hat, vor den Kabi zitiert zu werden. Vor diesem scheint er einen kolossalen Respekt zu haben. Noch vor etwa sechs Wochen, als er sich vom Kollegen Weber beleidigt glaubte, ist ihm auf dem Wege nach dem Gericht das Herz in die Hose gefallen. Als Gewerkschaftler müßte übrigens der Artikelschreiber im „Textilarbeiter“ längst wissen, daß die Erfolge einer Verhandlung am besten über die Art derselben Aufschluß geben. Und der Erfolg der Unterredung des Kollegen Weber mit der Firma bestand darin, daß sich die Firma nunmehr bereit erklärte, über die eingereichten Forderungen mit dem Arbeiterausschuß zu verhandeln, was sie monatelang abgelehnt hatte.

Das alles weiß unser Mann, auch daß durch die nun folgenden Verhandlungen zwischen Firma und Ausschuß sehr annehmbare Vorteile für die Arbeiter herauskamen. Er darf dieses jedoch nicht schreiben, weil er sonst ehrlich sein müßte.

Wie die „Art“, wie Kollege Weber an jenem Morgen verhandelte, hat den Arbeitern Erfolge gebracht. Und in diesem Punkt unterscheidet sie sich sehr vorteilhaft von der „Art“, mit welcher in Neumünster der schon erwähnte Angestellte Rögur die Interessen der dort vom „deutschen“ Verband verratenen Textilarbeiter vertrat.

Die schon besprochene Unterredung mit dem Oberbürgermeister von Neumünster fand einige Tage nach der erfolgten Aussperrung von etwa 60 Prozent der dortigen Arbeiter statt. Die Situation war den Arbeitern durchaus günstig. Bei dieser Unterredung erklärte der Lokalbeamte Rögur: Der „deutsche“ Verband habe den Kampf nicht gewollt, die Fabrikanten trügen die Schuld.

Er (Rögur) sei sich klar darüber, daß dieser Kampf mit einer Niederlage für die Arbeiter enden würde.

Mit dieser bodenlos dummen Bemerkung im Anfangsstadium einer Erfolg versprechenden Bewegung war das Schicksal der Neumünster Arbeiter besiegelt. Diese Unterredung war nicht geheim, und zudem ist der betreffende Oberbürgermeister Schwiegervater eines der bedeutendsten Fabrikanten von Neumünster, der selbst mit ausgesperrt hatte. Am nächsten Tage schon zeigten sich die Folgen dieser „Art“ von Verhandlung, indem die Fabrikanten weitere schärfere Maßnahmen gegenüber den Arbeitern anwandten. Hätte ein Beamter eines christlichen Verbandes eine solche Strategie an den Tag gelegt, er wäre bereits von der gesamten sozialistischen Presse öffentlich als Arbeiterverräter gebrandmarkt.

Ja, lieber „Textilarbeiter“, du hast dir da von deinem Aachener Wochenberichterstatter und Artikelschreiber eine böse Suppe einbrocken lassen. Wir können dir jedoch nicht helfen, du mußt den Schmerz aushalten.

Zum Schluß wollen wir dem Artikelschreiber noch eine Frage beantworten, die er uns stellt. Er wünscht zu wissen, was jene christlichen Verbandsmitglieder, welche während und nach der Lohnbewegung der Haarener Tuchfabrik zum „deutschen“ Verbands übertraten, dazu bewegen haben mag. Von „Uebertritten“ unserer Mitglieder zu reden ist Schwundel. Im Gegenteil können wir in Haaren ausgezeichnet vortan. Würde aber, den Fall vorausgesetzt, einer zum „deutschen“ Verbands übergetreten sein, dann gilt dafür folgende Erklärung: Der

bedauernswerte Mensch war leider so vertrauensfelig, sozialdemokratische Schwabroneure ernst zu nehmen und radikale Phrasen als bare Münze anzusehen.

Genügt Ihnen diese Antwort, Herr Artikelschreiber. Den „Textilarbeiter“ ersuchen wir, sich von diesem Manne noch mehr derartige Sachen schreiben zu lassen. Dieses wird uns die Aufklärungsarbeit unter den Aachener Textilarbeitern ungemein erleichtern.

Zusammenbruch der Tariffbewegung in Neumünster.

In seiner Nr. 20 sucht der „Textilarbeiter“, das Organ des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes, mit wenigen, möglichst harmlos klingenden Worten über das schmachvolle Verhalten seines Verbandes bei der Tariffbewegung in Neumünster hinwegzugleiten. Die Schuld an dem Zusammenbruch sollen nur die Arbeitswilligen haben. Kein Wort darüber, daß die schlechte Stimmung, die in Neumünster in Arbeiterkreisen herrschte, durch seine Taktik verursacht worden war. Kein Wort darüber, daß wir in Neumünster mit einer Tariffbewegung für sämtliche Tuchfabriken zu tun hatten. Kein Wort darüber, daß die allgemeine Tariffbewegung vom „deutschen“ Verbands einseitig, ohne uns vorher zu fragen, am ersten Tage des Streiks auf Veranlassung seines Zentralvorstandes, Hübsch-Berlin, fallen gelassen wurde. Schließlich kein Wort über die ungeheure, doch gerechtfertigte Entrüstung der Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ihren „Führern“ gegenüber. In echt demagogischer Weise sollen jetzt andere für das schmachvolle Verhalten der sozialdemokratischen Gewerkschaft verantwortlich gemacht werden.

Die Dinge lagen in Neumünster doch so, daß mit Einverständnis des sogenannten Tarifamtes des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes ein Minimallohntarif für sämtliche Tuchfabriken gefordert und durchgeführt werden sollte. Als die Fabrikanten diesen Tarif ablehnten, kam es bei der Firma Gebr. Hansen-Brachsenfeld zum Streit. Als dieser Fabrikant am Morgen des ersten April auf die Frage der Kommissionmitglieder, ob er den Tarif anerkennen wolle oder nicht, eine ablehnende Antwort gab, begann der Streit. Am ersten Tage des Streiks kam Herr Hübsch-Berlin nach Neumünster und veranlaßte seine Leute, ohne uns vorher zu fragen, den Tarif fallen zu lassen. Mit allen Mitteln suchten er und seine getreuen Knappen, Döbler-Hannover und Rögur-Neumünster, ein Hinübergreifen der Bewegung auf andere Betriebe zu verhindern. In den Versammlungen der Streikenden wurde den Leuten vor den eventuellen Folgen des Streiks gruselig gemacht. Hier tat sich besonders Herr Hübsch-Berlin hervor, der nicht einsehen konnte, daß man zwar vor einem Streit die Leute auf die Schattenseite eines Streiks aufmerksam machen kann oder sogar soll, daß jedoch während des Streiks, namentlich schon in der ersten Woche desselben, seine Redereien nur den Erfolg haben konnten, die Leute mutlos zu machen. Immer wieder wurde den Leuten gesagt, wenn ihr bedingungslos die Arbeit wieder aufnehmen wollt, dann sind wir (der „deutsche“ Verband) einverstanden.

Die in den anderen Betrieben ausgesperrten (bekanntlich hatten die Fabrikanten etwa 70% der Arbeiterschaft ausgesperrt) ließ man nie zu einer gemeinsamen Versammlung zusammen kommen. Man fürchtete, daß dort ein einheitliches Vorgehen gegen die übrigen Betriebe, denen doch auch die Tarifforderung zugegangen war, gefordert werden könnte. Man ließ die Leute wie irrende Schäflein unherlaufen, so daß diese absolut nicht wußten, woran sie waren. Das unter diesen Umständen schließlich kaum jemand noch an einen Erfolg der mit so großem Tamtam eingeleiteten Tariffbewegung glaubte, liegt doch auf der Hand. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband mit seiner brillanten Taktik ist schuld daran, daß die Streikbrecher sich einstellten. Man sah in Arbeiter-reisen immer deutlicher ein, daß der deutsche Textilarbeiterverband, unbekümmert um das Wohl und Wehe seiner Mitglieder, die Bewegung abwürgen wollte. Schließlich stellte sich nun auch noch heraus, daß der rote Zentralvorstand die Durchführung der Tariffbewegung gar nicht genehmigt hatte. Als dieses bekannt wurde, war die Entrüstung in Neumünster, speziell in den Kreisen der Genossen, all-gemein.

Dieses spiegelte sich auch in den Schlußversammlungen mit der größten Deutlichkeit wieder. Herr Hübsch hatte allerdings den besten Teil der Tapferkeit erwählt, er war schleunigst abgereist. Wüßte er doch zu gut, wie die Mitglieder seines Verbandes seine Tätigkeit in Neumünster einschätzten. Dieses war ihm schon vorher, in anderen Versammlungen, mit der größten Deutlichkeit zu Gemüte geführt worden. Doch ziehen wir den Schleier über diese widerlichen und traurigen Vorkommnisse. In den Versammlungen, wo die beiden Beamten des roten Verbandes, Döbler und Rögur, anwesend waren, wurde ihnen lebhaft zu verstehen gegeben, daß sich die Arbeiterschaft für verraten ansieht. So recht bezeichnend für die ganze Situation ist, daß in einer Versammlung, wo die Belegschaften von zwei größeren Betrieben versammelt waren, wo kein Beamter irgend eines Verbandes anwesend war, die Leute, die zu 90 Prozent Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes waren, eine Entschließung annahmen, worin das Verhalten des christlichen Textilarbeiterverbandes und seiner Leitung als korrekt anerkannt wurde, das Verhalten des eigenen Verbandes und speziell seiner Beamten, Hübsch, Döbler und Rögur, entschieden verurteilt wurde. Unsere Verbandsmit-

glieder haben sich der Abstimmung enthalten, so daß dieses förmliche Mißtrauensvotum aus den Reihen der eigenen Verbandsmitglieder nur um so greller die Stimmung der Mitglieder des „deutschen“ Textilarbeiterverbandes lennzeichnet.

Weiter ist das Ende dieser so aussichtslos begonnenen Tariffbewegung für die betroffenen Arbeiter nur zu bedauern. Der „deutsche“ Textilarbeiterverband hat einen sehr starken Mitgliederverlust in Neumünster zu verzeichnen. Ein Teil davon, der nicht direkt sozialdemokratisch war, fand den Weg in unsern Verband. Der größere Teil jedoch wird unorganisiert bleiben, weil der „deutsche“ Textilarbeiterverband ihnen den Glauben an die Organisation gleichsam mit klatschenden Peitschenblenden ausgetrieben hat. Ein erfolgreiches Arbeiten der Organisationen wird wesentlich erschwert werden. Die Fabrikanten in Neumünster nehmen den „deutschen“ Textilarbeiterverband nicht mehr ernst, zum Schaden für die Arbeiterschaft.

Warum, so könnte man fragen, wollte denn der „deutsche“ Textilarbeiterverband die Bewegung nicht durchführen? Die Vorbedingungen waren doch gut.

Nach unserer Auffassung liegt die Ursache in folgendem: Der „deutsche“ Textilarbeiterverband macht am liebsten dort Bewegungen, führt auch eventuell längere Streiks, wo am Orte noch eine große Masse unorganisierter Arbeiter vorhanden ist. So hat dieser Verband innerhalb des letzten Jahres in der Guteindustrie in Hamburg, Schiffbeck, Bremen, Hemelingen, Delmenhorst usw. längere Kämpfe geführt, die allerdings für die Arbeiter keinen größeren Erfolg zeitigten, eben weil noch eine große Anzahl, vielleicht die Hälfte der Leute, unorganisiert war.

In Neumünster dagegen sind die Leute gewerkschaftlich sehr gut organisiert. Auch für die sozialdemokratische Partei ist nicht viel mehr zu holen. Darum jedenfalls, weil keine größere Agitationsmöglichkeit mehr gegeben war, diese Zurückhaltung. In anderen Fällen, speziell in Westdeutschland, ist der rote Verband sonst gar nicht so. Unsere Mitglieder in Neumünster stehen einem zukünftigen Zusammengehen der beiden Verbände sehr skeptisch gegenüber. Sie werden sich in Zukunft nicht mehr so leicht von einem Herrn Rögur in eine solche Situation hineinbringen lassen.

Bei künftigen Bewegungen wird der „deutsche“ Textilarbeiterverband uns hinreichende Garantien darüber geben müssen, daß er gewillt ist, die Bewegung ehrlich durchzuführen.

Allgemeine Rundschau.

Das Jahrhundert des werktätigen Volkes. Einer der populärsten und entchiedensten Vorkämpfer des christlichen Organisationsgedankens in Holland, Herr Dr. Poels, gibt in einem Artikel der Ansicht Ausdruck, das 20. Jahrhundert sei bereits und würde noch in viel höherem Grade das Jahrhundert des werktätigen Volkes werden. Die Macht, die Welt zu regieren, ruhe in der Hand des Arbeitsmannes. Viele würden das bezweifeln, denn was vermöge ein einfacher Arbeiter, ein armer Bergmann oder Fabrikarbeiter, wo selbst die Macht eines deutschen Kaisers ihre Grenzen habe?

„Allein, auf sich selbst angewiesen,“ fährt Dr. Poels fort, „vermag allerdings der einzelne Arbeiter nichts. In festem Zusammenschluß und auf Grund einer guten Organisation verfügen die Arbeiter heute über eine Macht, die nicht überunden werden kann. Was auf den ersten Blick einem Wahne oder einer Unmöglichkeit ähnlich sieht, ist eine Wahrheit, welche kleine Geister begreifen können, sobald man an die furchtbare Macht denkt, die auf allen Gebieten durch die „Masse“ geschaffen wird. In einzelnen Regentropfen hängt Wasser machtlos an den Zweigen von Bäumen und Sträuchern; die „Masse“ bildet das Meer. Der Wucht seiner Wellenberge kann nichts auf der Welt Widerstand leisten. Lose Schneeflocken vermögen nicht einmal einen Schneeball zu bilden, mit dem die Kinder spielen; die „Masse“ bildet die Gletscher, die durch ihre eigene Schwere Granitfelsen auseinanderreiben.“

In den Tagen von Kardinal Manning (der zurzeit der großen Londoner Dockarbeiterbewegung von 1889 die Arbeiter und die Allgemeinheit auf die Wichtigkeit der Organisation mit berebten Worten hinwies) waren ihrer erst wenige, die voll und ganz verstanden, daß das 20. Jahrhundert in der Tat eine neue Periode in der Geschichte der Menschheit eröffnen würde. Nur Männer mit einer prophetischen Sehergabe, wie sie dem Genie eigen ist, sahen schon damals deutlich ein, daß in der Zukunft weder Adel noch Mittelstand, zunächst und vor allem aber das arbeitende Volk über die Zukunft der europäischen Völker zu beschließen berufen sein würde. Heute ist dies auch für gewöhnliche Sterbliche nicht länger ein Geheimnis mehr.“

Eine weltgeschichtliche Aufgabe von unermeßlicher Bedeutung ist es, die im arbeitenden Volke schlummernden Kräfte in die richtigen Bahnen zu lenken, wo sie nicht in zerförendem, sondern aufbauendem Sinne zum Wohle des Menschengeschlechtes wirken können.

„Berliner“ Verdächtigungsverfahren. In welcher unehrlichen und unanständigen Weise die „Berliner“ unsere christlichen Gewerkschaften und die Anhänger dieser Bewegung bei kirchlich hohen Stellen zu verdächtigen und ihre eigene Richtung in diesen Kreisen zu empfehlen versuchen, dafür folgendes zum Beweise. Der anerkannte Moraltheologe und Sozialloge Pater Wiederlad hat ein Buch über „Theologische Fragen über die gewerkschaftliche Bewegung“ geschrieben. Nun ist unlängst die bekannte „Berliner“ Zitatensammlung, die sich die „Wahrheit über den Gewerkschaftsstreit“ nennt und einen Herrn namens

„Bayard“ zum Sammler hat, in die italienische Sprache übersetzt und dem Papste vorgelegt worden. Der Anhang dieser Zitatenammlung richtet sich nun gegen die Schrift von Wiederlax. Wie nun Herr „Bayard“ gegen Professor Wiederlax zu Felde zieht, das sagt letzterer, nachdem er eine Anzahl Einzelvorwürfe auf ihre Berechtigung geprüft hat, im Maiheft der „Sozialen Kultur“ mit folgenden Worten:

„Wie nachgewiesen wurde, findet sich schon auf den sieben Seiten des Anhangs des Buches, das die „Berliner“ Verbandsleitung dem Heiligen Vater hat überreichen lassen, eine solche Menge von Unwahrheiten und Entstellungen, daß man sagen muß, dieser Anhang kocht von denselben. Diese Tatsache ist selbstverständlich schon sehr geeignet, auch auf den übrigen Teil des Buches ein sehr ungünstiges Licht zu werfen.“

So arbeitet also „Sib Berlin“, um den Papst gegen die christlichen Gewerkschaften und ihre Verteidiger breitzujagen! — Der Berliner „Arbeiter“ handelt bekanntlich nach derselben Methode. Ein typisches Probechen seiner Wahrhaftigkeit legte dieses Organ kürzlich bei der Mitteilung des Resultats der Kölner Gewerbegerichts-wahl wieder ab. Selbstverständlich bedeutete bei ihm der Rückgang der Stimmen der christlichen Gewerkschaften „eine schwere Niederlage“ für diese. Daß aber auch die sozialdemokratischen Gewerkschaften einen Stimmenrückgang von 720 Stimmen hatten, das wurde diesem „wahrheitsliebenden“ Organ verschwiegen. Die sozialdemokratische Presse hat sich natürlich gleich beeilt, die Äußerungen des „Arbeiter“ zu verwerten.

Zur wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter enthalten die letzten Berichte der preussischen Gewerbeinspektoren einige wertvolle Urteile. Zunächst einige Vorbemerkungen: Die Lohnverhältnisse der Textilarbeiter sind ja sehr unegal, je nach Bezirk oder gar Betrieb und nach der Branche. Es gibt Bezirke und Betriebe mit verhältnismäßig guter Entlohnung, aber auch solche mit sehr schlechten Arbeitsbedingungen. Namentlich trifft letzteres für die gewerkschaftlich schlecht organisierten Bezirke zu. Doch kann man im allgemeinen sagen, daß der Textilarbeiter mit zu den schlechtest bezahlten Industriearbeitern gehört und mit seinem Lohne durchweg an die Entlohnung im Bergbau, im Metallgewerbe und namentlich in den tarifierten Gewerben längst nicht heranreicht. Sicher ist auch, daß ganz allgemein genommen, das Ansteigen der Löhne im Textilgewerbe mit dem Ansteigen der Lebensmittelpreise nicht gleichen Schritt gehalten hat. Gewiß machen einige Bezirke, namentlich die gewerkschaftlich gut organisierten, eine Ausnahme, aber durchweg trifft die Behauptung das Richtige.

Nun hat die letzte, ungewöhnliche Preissteigerung der Lebensmittel erst recht auf die Verhältnisse der Textilarbeiter eingewirkt. Wir ziehen hier das Urteil einiger Gewerbeinspektoren heran. Der von Potsdam berichtet: „Die Lebensverhältnisse der Arbeiter wurden im Berichtsjahr durch die Verteuerung fast aller Nahrungsmittel und Gebrauchsgegenstände ungünstig beeinflusst. Im allgemeinen sind die Löhne etwas gestiegen, wenn auch nicht in dem Maße, daß dadurch die Verteuerung der Lebensmittel ausgeglichen wäre.“ Der Beamte von Berlin ist auch der Meinung, daß die erfolgten Lohnerhöhungen durch die „Preissteigerungen“ auf dem Lebensmittelmarkt wieder ausgeglichen“ worden seien. Der Beamte von Posen sagt: „Von einer wesentlichen Erhöhung der Löhne ist im Berichtsjahre nichts bekannt geworden, sodaß infolge der Stei-

gerung der Lebensmittelpreise die Lage der Arbeiter unangünstiger war als im Vorjahre.“ Der Breslauer Beamte berichtet: „Die Lohnhöhe hielt sich für die Hauptmasse der gewerblichen Arbeiterschaft auf dem bisherigen Stande, wenn auch größere Verbandsgruppen höher Lohnbewegungen und Tarifverträge Steigerungen erreicht haben und sonst noch hier und da Aufbesserungen eingetreten sind. Im großen und ganzen ist die Lebenshaltung nicht günstiger geworden; weite Kreise litten vielmehr, zumal infolge der durch die ungewöhnliche Trockenheit des Sommers geschädigten Ernte, beträchtlich unter verteuerten Preisen für manche Lebensmittel.“ Der Beamte von Opatowitz weiß erfreulicherweise einen anderen Bericht zu geben:

„Die wirtschaftliche Lage der Hausweber in Kattsch und Umgebung hat sich im Berichtsjahr so gehoben, daß noch mehrere Hundert Weber hätten lohnende Beschäftigung finden können. Die Betriebsleiter der großen Fabriken sprachen ihr Bedauern darüber aus, daß dem Abzuge der leistungsfähigen Leute zur Zeit des Weberelends in den Vorjahren nicht durch Unterstützung seitens der Fabrikanten zusehert worden ist.“

Auch der Beamte von Schleswig meldet, daß im Berichtsjahre Arbeit genügend vorhanden gewesen sei und die Löhne sich in aufsteigender Richtung bewegten. Dagegen muß der Beamte von Münster wieder melden, daß die Lage der Arbeiter unbefriedigend gewesen sei, weil infolge schlechten Geschäftsganges die „Lohnaufbesserungen von den Fabrikanten nicht gewährt werden konnten.“ Im Bezirk Düsseldorf soll die Lohnhöhe eine mäßige Steigerung erreicht haben, jedoch nimmt davon der Beamte einige Zweige der Textilindustrie aus. Auch er klagt über die Teuerung. Aus den Bezirken Aachen und Köln wird dasselbe berichtet.

Im allgemeinen wird die Lebenshaltung der Arbeiter im vergangenen Jahre nicht besser geworden sein, umso weniger für die Arbeiter bestimmter Textilindustriezweige, die unter schlechtem Geschäftsgange litten. Setzt geht es im allgemeinen in der Textilindustrie besser. Auch die Unternehmer machen gute Verdienste. Wenn sich da die Arbeiterschaft bemüht, von dem großen Ertrage der Produktion und dem großen Gewinn des Geschäftes einen Teil mitzubekommen, ist das durchaus berechtigt.

Parität in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. Der Kampf im Buchdruckgewerbe gegen die Alleinherrschaft des sozialdemokratischen Verbandes und für die Gleichberechtigung des Gutenbergbundes als Minderheitsorganisation in der Tarifgemeinschaft hat in letzter Zeit noch an Schärfe zugenommen. Die Gegner der von christlich-nationaler Seite geltend gemachten Forderungen versuchen es in der Deffentlichkeit so darzustellen, als ob keine Organisation in der Tarifgemeinschaft bevorzugt, mithin vollständige Parität vorhanden sei. Der „Korrespondent“, das Organ des sozialdemokratischen Buchdruckerverbandes (Nr. 47, 1912), behauptet z. B. schlankeweg:

„Der Verband ist ebensowenig in der Tarifgemeinschaft wie der Gutenbergbund. Wohl aber sind dessen Mitglieder, sofern sie in tarifstreuen Druckereien arbeiten, der Tarifgemeinschaft angehörig, wie die des Verbandes. Sie haben die gleichen Rechte aus ihr und die nämlichen Pflichten ihr gegenüber, wie die Verbandmitglieder. . . . Von einer Monopolstellung des Verbandes kann also gar keine Rede sein.“

Das Organ des Gutenbergbundes, der „Typograph“ (Nr. 18, 1912), stellt dieser dreifachen Entstellung der Wahrheit folgenden nackten Tatsachen gegenüber:

„Der sozialdemokratische Verband hat das Recht, neben dem Prinzipalverein offizielle Vertreter mit beratender und beschließender Stimme in sämtliche tarifliche Institutionen zu

entsenden und zwar: drei Mitglieder mit beratender und beschließender Stimme in den Tarifausschuß (§ 83), zwei Mitglieder mit beratender und beschließender Stimme in das Tarifamt (§ 86), in jedes Kreisamt ein Mitglied mit beratender und beschließender Stimme (§ 89), in jedes Schiedsgericht ein Mitglied mit beratender und beschließender Stimme (§ 91). Außerdem ist der Redakteur des Verbandsorgans (Korrespondent) berechtigt, an den Beratungen des Tarifausschusses teilzunehmen.

Dasselbe Recht steht dem Gutenbergbund nicht zu. Nicht in einer einzigen Instanz hat er beschließende Stimme und nur im Tarifausschuß hat ein Vertreter beratende Stimme. In allen übrigen Instanzen ist der Gutenbergbund vollständig ausgeschaltet. Beschwerden des Gutenbergbundes werden von den Angeklagten somit selbst erledigt. Klage der Verband, dann ist er Kläger und Richter in gleicher Person. Sind Verbandsmitglieder angeklagt, dann haben sie in den offiziellen Verbandsvertretern ihre Verteidiger, über Gutenbergbündler wird geurteilt, ohne Verteidiger derselben zu hören. Außerdem sind die Verwalter der paritätischen Arbeitsnachweise zum größten Teil Verbandsmitglieder und die Arbeitsnachweise selbst in sozialdemokratischen Gewerkschafts- und Volkshäusern oder gar Verbandsbüros untergebracht. Nicht bei einem einzigen Arbeitsnachweis haben Gutenbergbündler einen Posten. Man ist jetzt schon so weit, daß die „paritätischen“ Arbeitsnachweisverwalter in Generalversammlungen des sozialdemokratischen Verbandes gewählt werden.

Dazu kommt, daß sämtliche Bekanntmachungen der Tarifinstanzen dem offiziellen Organ des Verbandes zugestellt werden, dem Organ des Gutenbergbundes dagegen nicht. Wollen Mitglieder des Gutenbergbundes ihre Pflichten gegen die Tarifgemeinschaft erfüllen und sich mit den Vorgängen vertraut machen, dann sind sie gezwungen, das Organ des sozialdemokratischen Verbandes zu abonnieren.“

Der Gutenbergbund hat in der Tarifgemeinschaft die gleichen Pflichten wie der sozialdemokratische Verband zu erfüllen, aber Rechte hat er keine. Darin liegt ein schreiendes Unrecht, dessen Beseitigung sich kein sozial Gerechtdenkender widersetzen kann.

Ein sozialdemokratischer Monopolvertrag und seine Folgen. Der sozialdemokratische Kürschnerverband hat in Rötha (Sachsen) mit der Fabrikantenvereinigung einen Monopolvertrag abgeschlossen. Die Fabrikanten sind verpflichtet, nur Mitglieder des „freien“ Kürschnerverbandes zu beschäftigen, während diese wiederum nur bei Mitgliedern der Fabrikantenvereinigung in Arbeit treten dürfen. Nun hatte die Verbandsfiliale Rötha drei Mitglieder ausgeschlossen, angeblich, weil sie als Mitglieder eines Schützenvereins dafür stimmten, daß die Veranstaltungen dieses Vereins nicht mehr im Vereinslokal der sozialdemokratischen Partei und Gewerkschaften abgehalten werden sollten. Nach der „Einigkeit“, dem Organ der Anarchosozialisten, gab der Delegierte von Rötha auf dem kürzlich stattgefundenen Verbandstag des Kürschnerverbandes als wirkliche Ursache des Ausschusses der drei deren Mitgliedschaft in einem bürgerlichen Schützenverein an.

Mit dem Ausschluß aus dem Verbandsverband war den Dreien naturgemäß auch die Arbeitsgelegenheit in ihrem Beruf entzogen oder doch wesentlich erschwert. Nun legte sich die Fabrikantenvereinigung ins Zeug. Sie verlangte vom Kürschnerverband die Wiederaufnahme der drei Ausgeschlossenen. Der Zentralvorstand des Verbandes vertrat die Ansicht, der Ausschluß sei zwar an sich nicht gerechtfertigt, die Sache gehe aber die Fabrikantenvereinigung nichts an, sie sei eine interne Angelegenheit des Verbandes. Die Ortsverwaltung Rötha wiederum betrachtete den Ausschluß als zu Recht erfolgt und hielt daran fest. Die Unternehmer griffen

Frühlingshoffen.

Wie reich das junge Jahr an Hoffnung ist,
Wie sich im Blütenkranz die Gärten zeigen,
Sein Königsbanner hat der Lenz gehißt,
Schneeweiß und weißig weht es von den Zweigen.

Wie Samenbrüder tief im Ackerland,
So ruhn in diesem goldnen Frühlingsmorgen,
Vom ersten zarten Knospentraum gebannt,
Der Zukunft süße Wunder schon geborgen.

Auf weichen Schwingen trägt der Wind den Duft
Der frischgepflügten, frühlingswarmen Erde,
Und ist ein froh Erwarteten in der Luft,
Daß allem Blüten die Erfüllung werde.

Auch deinem Herzen wohnt ein Erntetag,
Und allem heißen, drängenden Erwarteten
Kamst einst der Herbst, wie jetzt er scheinen mag,
Und reißt die Frucht in deinem Lebensgarten.

Josephine Roos.

Die Textilkunst des Altertums

Von H. Wolff-Friedman.

(Nachdruck verboten.)

(Schluß.)

In nahezu denselben Formen nach Technik und Erzeugnissen wie bei den Griechen finden wir die Textilkunst endlich auch bei den Römern, deren Kultur ja vollständig auf griechischer Grundlage beruht. In den älteren Zeiten des Römischen Reiches, zur Zeit der Republik, als hier alle Lebens-

verhältnisse und Sitten noch einfache waren, war man auch in der Anfertigung und Verwendung von Stoffen und Tuchen einfach. Auch hier finden wir Spinnerinnen und Weben als Hausbeschäftigung der Frauen und Mädchen, und noch Kaiser Augustus hielt darauf, daß die Gewänder, die er trug, von seinen Töchtern selbst gewebt und zugeschnitten waren. Eine römische Spinnerin, in der Finken den Kocken haltend, mit der Rechten den Faden ausziehend, an dem die Spindel hängt, zeigt unsere Abbildung 9, die zugleich die fast völlige Uebereinstimmung der Technik des Spinnens mit derjenigen der griechischen Spinnerinnen erkennen läßt. Mit der wachsenden Macht des Römischen Reiches, mit der Zunahme des Reichtums und dem allmählichen Verfall der früheren Einfachheit und Gediegenheit, entwickelte sich dann bei den Römern in den letzten Jahrhunderten ihrer Geschichte in allem, was Stoff, Tuch und Bekleidung hieß, ein ganz außerordentlicher Luxus, der besonders durch einen ausgedehnten Import griechischer und orientalischer Prachtstoffe begünstigt wurde und zu weitgehenden Ausartungen der Mode führte. Syrien und Ägypten lieferten ihre prachtvollen Gewandwebereien und die feinen Kleidungsstoffe, die Insel Kos die durchsichtigen Florgewebe, die, weit eulfernt, wie früher, sittlichen Aufstoß zu erregen, in den schwelgerischen Zeiten des römischen Kaiserthums der begehrteste Gewandstoff kostbarer Frauen wurden. Aus Kleinasien und Griechenland kamen die reichen Erzeugnisse der Weberei und Stickerei, und aus dem fernsten Osten, aus China, kam die Seide, mit der die reichen Römer, Männer wie Frauen, unter der Kaiserzeit und trotz der Kostbarkeit des Stoffes eine gradlose Verschwendung trieben. In langen, flatternden zeichnen und goldbrochenen Gewändern zeigten sich die Kaiser dem Volke, und die Hölische bemühten sich getreulich, dem laizistischen Beispiel Folge zu leisten, obwohl das Tragen feinerer Gewänder bei allen Größen als Zeichen der Unmännlichkeit und Verweiblichung galt. Der Kaiser Caligula, gleich berüchtigt durch seine Grausamkeit wie durch seine Verschwendungssucht und seinen Größenwahn, wurde seines ungeheuren Luxus in Seidenstoffen und weil ihn nie ein Reich in anderen als in feineren Gewändern gesehen hatte, der Seidene genannt.

Abb. 9.



Röm. Spinnerin.

Bis gegen Ende des 3. Jahrhunderts bezogen die Römer ihre Seidenstoffe fertig aus den Ursprungsländern der Seidenindustrie, vornehmlich Indien, China und Persien, dann begann man, aus diesen Ländern Rohseide einzuführen und diese selbst zu verweben. Unter der Herrschaft des Kaisers Justinianus I. (527 — 565 n. Chr.) erfolgte dann ein Ereignis von größter Wichtigkeit für die weitere Entwicklung der europäischen Seidenindustrie. Griechische Mädchen, die sich lange Zeit hindurch in Morgenlande aufgehalten und dort die Seidenzucht kennen gelernt und studiert hatten, brachten diese Kenntnisse und gleichzeitig auch Seidenraupen, die sie in ihren hohlen Pilgerläben verborgen hielten, nach Europa, Italien und Griechenland, und entwandten auf diese Weise den Orientalen das seit Jahrtausenden streng gehütete Geheimnis der Erzeugung der Seide. Seitdem datiert in Europa eine eigene Seidenindustrie, die in der Folgezeit sich rasch und erfolgreich entwickelte. Noch unter dem Kaiser Aurelianus, der im Jahre 274 übrigens ein Verbot gegen das Tragen feinerer Kleider erlassen hatte, ohne freilich damit viel Erfolg zu erzielen, kostete ein Pfund Seide ein Pfund Gold; infolge der immer ausgedehnter werdenden Einfuhr des Stoffes sank die Seide jedoch schon im vierten Jahrhundert so bedeutend im Preise, daß sich um diese Zeit selbst die ärmeren Klassen den Luxus feinerer Kleider leisten konnten. Von den Erzeugnissen und den verschiedenartigen Gewerben der Textilkunst und von dem ausgedehnten Modeleben, das diese im Rom der späteren Zeit in allen Gesellschaftsklassen herbeiführten, geben uns die folgenden Verse des Dichters Plautus einen Begriff. Er sagt:

Da sieht man Walker, Sticker, Wollarbeiter stehen,
Fuhmacher, Vortenhändler, Hemdehandwerker,
Und Schleierweber, Färber in Violett und Gelb,
Dann Uermelmacher, Schneider, alle fordern Geld.
Demnach muß bereits damals die Mode und ihre Launen und Ansprüche den Leuten, die sich für die Mode interessierten, viel Geld gekostet und ihnen ebenso viele Kopfschmerzen verursacht haben.

Das römische Reich ging unter und mit ihm auch der römischen Kultur verfiel, und die bereits so hoch entwickelte Textilkunst des Altertums, freilich nicht, ohne zahlreiche und mannigfaltige Reste und Erinnerungen bei den christlichen Kulturvölkern des Mittelalters zu hinterlassen, bei denen im übrigen aber eine neue Epoche der Geschichte und Entwicklung der Textilkunst und der Textilgewerbe beginnt.

zum Ausschluß. Der Kampf kostete dem Rürschner-Verbande circa 170000 M. und verlief anscheinend zu seinem Ungunsten.

Dieser Vorfall ist wieder einmal ein Schulbeispiel dafür, zu welchen Konsequenzen ein sozialdemokratisches Arbeitsmonopol schließlich führen muß. Man zwingt durch dieses nicht nur die Arbeiter entgegen ihrer Überzeugung in die sozialdemokratischen Partei- und Gewerkschaftsorganisationen hinein, der Druck geht noch weiter. Mit brutaler Gewalt werden sie schließlich auch veranlaßt, den bürgerlichen Sport- und sonstigen Vereinen den Rücken zu kehren. Das beste Mittel, diesem roten Terror mit Erfolg entgegenzutreten zu können, ist: Stärkung der christlichen Gewerkschaftsbewegung.

Lohnverlust durch Streik, keine Steuerermäßigung. Zu dieser Sache ist unlängst eine sonderbare Entscheidung ergangen. Bei dem Tabakarbeiterkampf in Westfalen hatten auch die Tabakarbeiter in Verden aus Solidarität die Arbeit eingestellt. Da sie dadurch gegenüber dem Vorjahre eine erhebliche Einbuße am Lohn erlitten, stellten sie einen Antrag auf Ermäßigung der Einkommensteuer für das Jahr 1911. Darauf erhielten sie folgenden Bescheid:

„Auf Ihr Gesuch um Ermäßigung der Einkommensteuer für das Steuerjahr 1911 eröffne ich Ihnen, daß die königliche Regierung demselben nicht Folge gegeben hat, weil die gesetzlichen Voraussetzungen für eine Ermäßigung nicht vorliegen. Nach § 63 des Einkommensteuergesetzes darf eine Ermäßigung nur bewilligt werden, wenn nachgewiesen wird, daß während des laufenden Steuerjahres infolge des Wegfalls einer Einnahmequelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle das Einkommen eines Steuerpflichtigen um mehr als den fünften Teil vermindert worden ist. Bei dem Verluste an Einkommen, den Sie durch die Teilnahme an einem Auslande erlitten haben, liegt aber keine der beiden obenbedachten Voraussetzungen vor. Denn der Umstand, daß Sie aus eigenem Antriebe die Arbeit eingestellt haben, ist weder ein außergewöhnlicher Unglücksfall, noch hat er den Wegfall einer Einnahmequelle zur Folge. Es lag vielmehr jederzeit in Ihrem freien Willen und stand Ihnen auch tatsächlich frei, Ihre Einnahmen ungeschmälert verbleibende Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit durch Wiederaufnahme der Arbeit in dem bisherigen Betriebe oder bei einer gleichwertigen Arbeitsgelegenheit nutzbar zu machen. War hiernach die Einnahmequelle für Sie nicht weggefallen, so fehlt es an der gesetzlichen Voraussetzung für die Steuerermäßigung.“
Dr. Seifert.“

Das ist doch ein sehr sonderbarer Standpunkt, der weder moralisch noch gesetzlich gerechtfertigt werden kann. Der § 63 des Einkommensteuergesetzes sieht eine Ermäßigung der Steuer für den Fall vor, wenn durch Wegfall der Einnahmequelle das Einkommen verringert wurde. Besondere Bedingungen sind damit gar nicht verbunden. Das Gesetz läßt die Frage ganz unerörtert, ob der Wegfall der Einnahmequelle freiwillig oder unfreiwillig geschah. Die Steuerbehörde ist auch gar nicht in der Lage, die Arbeitslosigkeit auf diese Eigenschaften hin zu prüfen. Nun hatten die Verdener Tabakarbeiter ihre Einnahmequelle verloren, ihr Einkommen war um mehr als den fünften Teil vermindert worden. Aus welchen Ursachen, spielt dabei gar keine Rolle, der Gesetzgeber hat gar nicht danach gefragt. Also waren bei den Tabakararbeitern die Voraussetzungen für die Steuerermäßigung gegeben.

Und wenn der Herr Dr. Seifert darauf hinweist, daß die streikenden Tabakarbeiter jederzeit in der Lage gewesen seien, ihre ungeschmälert erhalten gebliebene Arbeitskraft bei einer gleichwertigen Arbeit zunutze zu machen, so ist darauf zu antworten, 1. daß das nicht der Fall war, wenn die Tabakarbeiter nicht ihren um bessere Lebensverhältnisse kämpfenden Kollegen ehrlos in den Rücken fallen wollten, 2. daß die Tabakarbeiter nur von einem ihnen gesetzlich garantierten Recht Gebrauch machten und 3. daß diese Dinge die Steuerbehörde nichts angehen.

Wohin würde der Standpunkt der Verdener Steuerbehörde führen? Sie macht gewissermaßen den Arbeiter für den Wegfall der Steuerquelle verantwortlich; dazu hat sie zunächst gar kein Recht, und zweitens müßte doch die Folgerung die sein, daß überhaupt eine Verantwortlichkeit in einem solchen Falle verlangt würde. Dann müßten auch die Arbeitgeber für den bei einem Arbeiter eingetretenen Steuerausfall herangezogen werden für den Fall, als er den Arbeiter entläßt. Zum mindesten müßten die Unternehmer haftbar gemacht werden für alle durch Aussperrungen verursachte Steuerverluste, denn bei Aussperrungen ist es den Unternehmern zu jeder Zeit unbenommen, die „ungeschmälert erhalten gebliebene Arbeitskraft“ ihrer Arbeiter „bei gleichwertiger Arbeitsgelegenheit auszunutzen“.

Die Entscheidung der Verdener Steuerbehörde enthält eine sonderbare Kunst der Gesetzesauslegung und wenig Verständnis für die Bedürfnisse des Arbeiterlebens.

Die Partei der Meinungsfreiheit und der wissenschaftlichen Erkenntnis. Als solche bezeichnet sich die Sozialdemokratie. Mit welchem Recht, zeigt deutlich der Fall Hildebrand. Wir haben in voriger Nummer schon erwähnt, wie dieser sich über seinen Ausschluß aus der Partei äußerte. Die Sache verdient noch etwas näher beleuchtet zu werden. Hildebrand schrieb (in Nr. 8 der „Sozialistischen Monatshefte“):

„Zum Schiedsgericht gehörten die Parteifreunde Drescher, Oberfeld, Beckamp, Däselboof und Ludwig-Hagen. Letzterer übernahm die Verlesung der Ausschlußbegründung 1. Instanz, die zu großen Teilen in aneinandergereihten Zitaten aus meinem intrinimierten Buch besteht. In der Verlesung wiederholt unklar und stockend, erklärte er, es sei schwer zu lesen, wenn einem der Gehaltungsang ganz fremd ist. Hinterher stellte sich heraus, daß keiner der drei

genannten Schiedsrichter das corpus delicti kannte, daß sie sich also nicht nur ihr Urteil über die Frage meiner Parteizugehörigkeit, sondern ihre ganze Kenntnis meiner intrinimierten theoretischen Auffassungen erst im Laufe der Verhandlung aneignen mußten.“

In der Parteipresse suchten sich nun die Reherichter zu rechtfertigen. Und wie! Der „Vorwärts“ bringt eine „Richtigstellung zur Solinger Ausschlußaffäre“, in der es u. a. heißt:

„Daß die drei von der Parteiorganisation ernannten Beisitzer das Buch Hildebrands nicht gelesen hatten, was er ihnen hinterher zum Vorwurf machen möchte, resultiert einfach daher, daß sie vor der Verhandlung gar nicht wußten, um was es sich handelte, nur der Schiedsgerichtsvorsitzende kannte die Akten. Das entspricht durchaus dem bisher im Parteigerichtsverfahren beobachteten Grundsatz der Entscheidung auf Grund mündlicher Verhandlung.“

Also die Beisitzer hatten nicht nur das Hildebrandische Buch, deswegen er verfehmt werden sollte, nicht gelesen, sie wußten vor der Verhandlung überhaupt nicht, um was es sich handelte, hatten keinen Einblick in die Akten genommen, wahrscheinlich auch gar nicht die wissenschaftliche Befähigung, um über das Buch ein Urteil zu fällen. Trotzdem! Sie verdamnten ihn! Und so was entspricht durchaus dem in der Partei üblichen Verfahren!

Doch! Tun wir den Schiedsrichtern nicht Unrecht! Wissenschaftliche Befähigung, das Buch zu beurteilen, hatten sie nicht nötig, denn:

„Die Parteigenossen, die als Schiedsrichter fungierten, hatten nicht über Theorien wissenschaftliche Gutachten zu fällen, sondern nur zu konstatieren, ob die politische Stellungnahme Hildebrands dem Parteiprogramm entspricht.“

So heißt es in der „Richtigstellung“. Also darauf, ob die Darlegungen Hildebrands wissenschaftlich haltbar sind, ob sie den Tatsachen entsprechen, darauf kommt's nicht an. Ausschlaggebend ist, ob sie gegen das Parteiprogramm verstoßen. Dieses ist zwar veraltet und von der tatsächlichen Entwicklung längst überholt und widerlegt. Trotzdem! Wer sich vermischt, gegen das Parteiprogramm, gegen die geheiligte Tradition sich zu veründigen, der scheidet.

Diese Knebelung der freien Meinungsäußerung und der wissenschaftlichen Erkenntnis heißt Genosse Heim in derselben Nummer der „Sozialistischen Monatshefte“ wie folgt:

„In dem Schiedspruch ist klipp und klar gesagt, daß die Freiheit wissenschaftlicher Forschung dem Parteiprogramm gegenüber nicht bestünde, daß Hildebrand programmwidriger Lehren wegen ausgeschlossen werden „mußte“. O, dieses mußte! Wie unzählige Male habe ich dieses Wort in anderen Prozessen gegen Genossen gehört, aber aus dem Munde derer, die wir gewöhnlich die Träger der Klassenjustiz nennen. Und immer hat es mich bis ins Innerste empört. Nein und dreimal nein: Niemand muß ehrliche Überzeugung mißhandeln. Dies Wort ist nichts als das Handbeden, worin Pontius Pilatus sich wehzuwaschen sucht, ein Mittel, sich vor sich selber zu entschuldigen. Das Schiedsgericht hat, als es seinen Spruch fällte, die Ansicht gehabt und ausgesprochen: zur Partei könne nur gehören, wer die Grundsätze des Parteiprogramms voll anerkennt; sonst müsse er ausgeschlossen werden. Also wirklich die Grundsätze, das heißt alle? Jeden Satz dieses vor zwanzig Jahren unter ganz anderen Verhältnissen ausgearbeiteten Schriftstückes? Glaubt man wirklich, daß denkende Menschen ihre Überzeugungsfreiheit so knebeln ließen und die Pflicht zu jedem Opfer des Intellekts übernehmen? Gibt es überhaupt solche vollglaubige Genossen? Ich zweifle daran. Aber das Schiedsgericht besteht auf seinem Schein. Wer auch nur einen Satz des Glaubensbekenntnisses verweist: Anathema esto! Er sei verflucht!“

Besser kann die in der Sozialdemokratie übliche Geistesknechtung nicht charakterisiert werden. Wie sagte doch kürzlich ein württembergischer Genosse: Ohne Terrorismus kommen wir in der Sozialdemokratie nicht aus.

Nachwehen der Matfeier. Die Matfeier ist ein Schmerzenskind der sozialdemokratischen Gewerkschaften. Sie sind es, die in letzter Linie immer die Reche zu bezahlen haben. Und diese ist oft nicht klein. Auch die diesjährige Matfeier brachte den roten Gewerkschaften allerlei Unangenehmes. So z. B. ist es im Berliner Holzgewerbe zu einem Konflikt gekommen, dessen Folgen noch nicht zu übersehen sind.

Die Berliner Holzgenossen hatten das Bedürfnis, die diesjährige Matfeier etwas aufzufrischen. Da erfahrungsgemäß immer weniger Leute vom Rathumburg etwas wissen wollen, war nämlich keine besonders starke Beteiligung an der Arbeitsruhe zu erwarten. Um nun aber einen Zwang auf die „Arbeitswilligen“ auszuüben, stellten die vom sozialdemokratischen Verbände gestellten Vermittler auf dem obligatorisch-paritätischen Sacharbeitsnachweis in Berlin die Arbeit am 1. Mai ein. Dazu wurde dann der Arbeitsnachweis am „Weltfeiertage“ von roten „Streitposten“ förmlich belagert, damit ja der 1. Mai nicht durch Arbeit für die „privatkapitalistische Gesellschaftsordnung“ entheiligt werde. Da so jede Vermittlungstätigkeit des Nachweises unterbunden wurde, zogen auch die Arbeitgeber ihre Vermittler zurück. In der „Fachszeitung“ Nr. 18 der Arbeitgeber wurde seitens der Tischler-Zunftung Berlin die Zurückziehung der Vermittler bekanntgegeben und betont: „es besteht daher zur Zeit ein paritätischer Arbeitsnachweis in der Berliner Holzindustrie nicht mehr“. Eine Sitzung des Kuratoriums des Arbeitsnachweises führte nicht zur Verständigung. Die vereinigten Unternehmerverbände der Berliner Holzindustrie riefen nun das Einigungsamt des Gewerbegerichts an. Sie beantragten eine Entscheidung über folgende Fragen:

1. Ist der sozialdemokratische Holzarbeiterverband berechtigt, seine Mitglieder zu veranlassen, an einem be-

liebigen Tage die Arbeit niederzuliegen? 2. Ist ein solches Verhalten ein Vertragsbruch, der die sofortige Entlassung der gegen den Willen des Arbeitgebers Feiernden rechtfertigt? 3. Ist der sozialdemokratische Verband berechtigt, die von ihm gestellten Vermittler an einem beliebigen Tage zurückzuziehen? 4. Darf seitens der sozialdemokratischen Organisation für eine bestimmte Zeit die Sperre über den paritätischen Arbeitsnachweis verhängt werden? 5. Muß der paritätische Arbeitsnachweis jedem Arbeiter, gleichviel wie und ob derselbe organisiert ist, ohne jede Belästigung zur ungehinderten Benutzung offen stehen?

Bezüglich des ersten Punktes entschied das Einigungsamt dahin:

„Der deutsche Holzarbeiterverband ist nicht berechtigt, seine Mitglieder zu veranlassen oder zu bestimmen, während der Dauer des Vertrages an einem beliebigen Tage die Arbeit niederzuliegen.“

Damit war der sozialdemokratische Verband für seine Matfeieraktion tarifbrüchig erklärt. Die Arbeitgeber erklärten sich nach diesem Schiedspruch bereit, ihre Vermittler wieder auf den Nachweis zu schicken, damit dort der normale Zustand wieder hergestellt werde. Zu den übrigen Differenzpunkten sollte das Einigungsamt dann am 10. Mai Stellung nehmen. Zu einer Erledigung der anderen Streitfragen ist es aber nicht gekommen. Bei Eintritt in die Verhandlungen lehnte zunächst der sozialdemokratische Holzarbeiterverband einen Arbeitgeberbeisitzer ab. Dieser wurde dann durch einen anderen ersetzt. Als dann trotzdem der vom sozialdemokratischen Verband erhobene Einspruch gegen den vorerwähnten Schiedspruch des Einigungsamtes zurückgewiesen wurde, erklärten die sozialdemokratischen Verbandsvertreter, nicht weiter verhandeln zu können. Der Schluß war, daß Herr Obermeister Kahardt erklärte, damit sei das Einigungsamt für das Berliner Holzgewerbe in die Brüche gegangen, es bestehe nicht mehr.

Der „Holzarbeiter“, das Organ des christlichen Holzarbeiterverbandes, bezeichnet das Verhalten des sozialdemokratischen Verbandes als geradezu skandalös und bemerkt mit Recht: Wenn in einem Vertrage Schlichtungskommissionen und Einigungsämter vorgesehen sind und die Parteien sich verpflichtet haben, die hier zu fallenden Entscheidungen anzuerkennen, dann muß das seine Gültigkeit behalten, gleich, in welchem Sinne die Schiedsprüche getätigt werden. Wenn jede Partei, die glaubt, nicht zu ihrem Rechte gekommen zu sein, sich die Freiheit nimmt, den vertragsschließenden Bestimmungen entgegenzuhandeln, so wird damit eine Anarchie geschaffen, die dem gewerblichen Vertrags- und Einigungsstellen direkt zuwider ist. Eine derartige „Vertragsstreue“ ist Humbug und einer Organisation von ernsten Männern unwürdig.

Ueber die grundsätzliche Stellung des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter zum Streit werden in der letzten Zeit in der sozialdemokratischen Presse die unsinnigsten Behauptungen aufgestellt. So soll der Gewerkschaftsverein auf das Streikrecht gänzlich Verzicht geleistet haben. Als Beweis hierfür wird u. a. eine Notiz aus der Nr. 103 der „Germania“ vom 7. Mai 1912 angeführt, welche der Redaktion zweifellos als Fuchswort ins Nest gelegt worden ist. Demgegenüber ist kurz zu bemerken, daß der Gewerkschaftsverein seine grundsätzliche Stellung zum Streit nicht im geringsten geändert hat. Auf der im Juli 1911 in Köln a. Rh. abgehaltenen letzten Generalversammlung des Gewerkschaftsvereins wurde diese Stellung erneut festgelegt und in dem diesbezüglichen Referat ausgeführt: Der Gewerkschaftsverein will sein Ziel möglichst auf friedlichem Wege zu erreichen suchen. Wenn die Arbeitgeber trotz aller gütlichen Vorstellungen den Arbeitern ihr Recht nicht gewähren wollten, so scheute der Gewerkschaftsverein auch den Kampf nicht. Dieser bleibt aber das letzte Mittel. Wenn seine Anwendung aber notwendig war, wurde sie nicht gescheut. Und so bleibt es auch in Zukunft. Auch in Zukunft wird der Gewerkschaftsverein versuchen, im Frieden mit den Arbeitgebern auszukommen. Ist das nicht möglich, dann wird auch der Kampf, der Streit nicht gescheut, sofern er den Arbeitern den Erfolg verspricht, daß ihre berechtigten Forderungen zur Durchführung gelangen. Der Gewerkschaftsverein wurde wegen seiner Stellung zum Streit nicht selten scharf angegriffen. Das kann uns aber nicht von der bisherigen Praxis abbringen. Selbstverständlich ist, daß unsere Kämpfe sowohl in ihren Zielen wie in der Art der Durchführung uns nicht in Widerspruch bringen dürfen mit den christlichen Grundsätzen der Gerechtigkeit und Liebe. Es sei das ausdrücklich betont, um Mißdeutungen zu begegnen. Durch die fortwährenden Angriffe des sozialdemokratischen Verbandes auf den Gewerkschaftsverein soll nur der Krach und die Mißstimmung im Verbandslager verdeckt werden.

Der Mitgliederchwund im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband hat infolge des so schmählich beendeten Streiks im Ruhrgebiet einen derartigen Umfang angenommen, daß es der Verband gar nicht mal wagt, in der üblichen Zusammenstellung im Aprilheft des „Reichsarbeitsblattes“ seine Mitgliederzahl vom Schluß des 1. Vierteljahres 1912 anzugeben. Dieser große Mitgliederverlust ist verständlich. Tausende von Bergarbeitern nebst deren Familien sind durch den frivolen Streit in Not und Elend gestürzt worden. Zu dem erheblichen Lohnausfall, der erst in diesem Monat recht in die Erscheinung tritt, und zu dem Einhalten der frivolen Kontraktbruchschichten kommt bei manchem Bergarbeiter noch hinzu, daß er infolge des Streiks dem arbeitslos geworden ist. Infolge der sozialdemokratischen Berührung haben dann Hunderte und abermals Hunderte von Bergleuten wegen ihrer Ausschreitungen beim Streit die ganze Strenge des Gesetzes erfahren müssen und

sind auf Monate und Jahre ins Gefängnis gewandert. Es kann daher nicht ausbleiben, daß immer mehr Bergarbeitern die Augen aufgehen über das arbeiterschädigende Vorgehen des Verbandes beim Streik, und daß die Mitglieder scharenweise dem sozialdemokratischen Verbände den Rücken kehren.

Englische Arbeiterabgeordnete über das Halbzeitarbeiter-System. Bei der kürzlich stattgefundenen Debatte im Unterhaus über einen Gesetzentwurf zur Abschaffung der sogenannten Halbzeitarbeit für alle weniger als 13 Jahre alten Kinder hat es sich wiederum gezeigt, daß die englischen Arbeiter manche Verurteilung in Bezug auf den Kinderschutz an einer bedauerlichen Rückständigkeit leiden. Ein Mitglied der Arbeiterpartei hat sich im Parlament unter ausdrücklicher Berufung auf die Textilarbeiter in folgender Weise geäußert:

„Es ist merkwürdig, daß gerade die, die niemals Halbzeitarbeit getan und keine Erfahrung darin haben, sie verurteilen, während die Leute, die ihr ganzes Leben unter den Halbzeitarbeitern gewesen sind, der Erhöhung des Arbeitsalters der Kinder scharfe Opposition machen. Lancashire ist das wichtigste Industriezentrum Englands, und eine große Zahl seiner Industriekapitäne waren einst Halbzeitarbeiter. Die Abschaffung der Halbzeitarbeit wird keine günstigen Wirkungen auf die Schulbildung der Kinder haben. Sie müssen für ihre industrielle Tätigkeit vorbereitet werden und so, daß sie ihre erworbenen Kenntnisse vorteilhaft anwenden können. Besser als die Erhöhung des Arbeitsalters ist die Ausdehnung des Besuches der technischen Schulen auf zwei Abende in der Woche. Ich bezweifle, daß die Halbzeitarbeit ungünstige Folgen für Moral und körperliche Entwicklung der Kinder hat. Ich werde darum gegen die Vorlage stimmen und vertrittet dadurch die Ansicht der Textilarbeiter von Lancashire.“

Bei dieser Gelegenheit sei daran erinnert, daß bei einer unter den Textilarbeitern vor drei Jahren stattgefundenen Abstimmung über die Heraushebung des Arbeitsalters für Kinder von 12 auf 13 Jahre nur 34 120 Stimmen für einen derartigen Kinderschutz sich ausgesprochen, während 151 200 Mitglieder dagegen stimmten. Einen ähnlichen Standpunkt haben auch die Bergarbeiter bis in die letzten Jahre hinein eingenommen, worüber es selbst auf internationalen Kongressen öfters zu erregten Auseinandersetzungen gekommen ist. In der Regel bezufen sich die Arbeiterführer darauf, daß sie selbst für eine Besserung der besagten Zustände sind, ihre Mitglieder aber dafür nicht gewinnen können. Es gibt in den Fabriken Englands und Wales noch 47 360 Halbzeitarbeiter, d. h. 12 bis 13 Jahre alte Kinder, die die eine Hälfte des Tages in die Fabrik, die andere in die Schule gehen. Bis vor wenigen Jahren war diese Zahl noch erheblich größer; doch hat die offenbar ungünstige Einwirkung dieser frühen Beschäftigung auf die Gesundheit der Kinder die Schulbehörden veranlaßt, die Erlaubnis zur Halbzeitarbeit in stets steigendem Maße zu verweigern. Unter diesen Umständen scheint die Haltung der organisierten Arbeiter mancher Berufe umso befremdender. Auf diesem Gebiete ist noch ein großes Stück Arbeit zu leisten.

Aus unserer Industrie.

Das tägliche Geschäft in Seidenwaren

hat, nach einer Zuschrift der A.-B. vom 13. Mai, in den letzten acht Tagen den Wünschen der beteiligten Kreise nicht mehr in der früheren Weise entsprochen. Anstatt mit der Zunahme der Wärme lebhafter zu werden, hat der Begehr für Waren nicht unerheblich nachgelassen, und zwar in sozusagen allen Zweigen des Verbrauchs. Man wird kaum fehlgehen, wenn man dieses Abflauen als Folge der allgemeinen Teuerung und der Erschütterungen ansieht, welche das wirtschaftliche Leben in den vergangenen Monaten durch die zahlreichen großen Anstöße erlitten hat. An manchen Stellen liegt die Wirkung davon so auf der Hand, daß es müßig sein würde, nach anderen Ursachen dafür zu forschen. Nachdem der kaufkräftige Teil des Publikums in den seit Ostern verfloßenen Wochen keine Anschaffungen für die Jahreszeit gemacht hat, tritt der Ausfall am Bedarf von Stapelartikeln namentlich nur um desto deutlicher in die Erscheinung; alle Gunst der Mode für Seidenstoffe kann den Einfluß nicht weitmachen, den das Gebot, sparen zu müssen, auf die Ausgaben großer Volksteile hat.

Recht deutlich macht sich diese Tatsache in den einzelnen besonderen Zweigen des Seidengewerbes bemerkbar. Während z. B. in den Frühjahrsmontaten des Vorjahres halbeidene, im Stück gefärbte Mäntelstofferstoffe in so großen Mengen gesucht waren, daß große Hersteller zur Deckung des Bedarfs Rohgewebe bei einschlägigen Herstellern kaufen mußten, war heutzutage das Gegenteil der Fall. Dieses Verhältnis zu schaffen, dazu hat während des Arbeitens des Mäntelgewerbes — im Februar und März — zunächst der Ausfall der Mäntelherstellerinnen, wirklicher aber erst der schwache Absatz von Stapelartikeln des genannten Gewerbes beigetragen. Im Sinne einer Besserung des Verbrauchs billiger Seidenstoffe zu Kleiderzwecken wirkt jedoch der Umstand, daß die im Vorjahre von den oberen Schichten der Frauenschaft allein besetzte Mode der engen Kleidermode in diesem Frühjahr vollständig geworden ist. Man huldigt ihr in den unteren Klassen um so lieber, als damit zugleich Stoffersparnis verbunden ist.

Die Folgen des allgemeinen wirtschaftlichen Niederganges begünstigen aber namentlich auch das Samtgewerbe zu verzeichnen, nicht bloß insofern, als der Massenverbrauch gegenüber dem Vorjahre weit mehr billige Ware, vor allem Baumwollstoffs, berücksichtigt, sondern auch dadurch, daß der Warenhandel, in Rücksicht auf die Verhältnisse überhaupt, Voraussetzungen für

den Herbst in erheblich geringerem Umfange, als damals, getroffen hat, wiewohl mit denselben ein nicht kleiner Preisvorteil verknüpft gewesen wäre. Nichtsdestoweniger verspricht, nach den neuesten Beobachtungen, die Gunst der Mode für die zweite Hälfte des Jahres in der Hauptsache wieder den Florgeweben in Aussicht zu stehen, und die Samthersteller bieten alles auf, durch Schaffung von Neuheiten im Sinne der Richtung des herrschenden Geschmacks dem Verbrauch entgegenzukommen. Darunter gehören in erster Linie schillernde Ausführungen von Samt für Kleider und Blusen, die sowohl glatt, als auch in Streifen, auf Atlasgrund gebracht werden. Nicht minder werden Anstrengungen gemacht, die Vorliebe für Pelzwerk zu Hutzweck auszunutzen, indem man solches in Blüch täuschend nachahmt. Inwieweit hingegen die teuren Ausführungen von Jacquardsamt, für welche bis zur Stunde das Ausland Hauptabnehmer ist, im Inlande einen Markt haben werden, muß sich erst noch zeigen.“

Vom Jute-gewerbe.

Dieses hat in neuerer Zeit häufiger Erwähnung gefunden. So berichtete die Tagespresse mehrmals über ein Verfahren, Erzeugnisse für Erzeugnisse aus Jute herzustellen. Sodann haben in neuerer Zeit verhältnismäßig oftmals Aenderungen der vom Verband deutscher Juteindustrieller, G. m. b. H., in Braunschweig festgesetzten Preise stattgefunden. Im Hinblick darauf dürfte ein kurzer Ueberblick über die Ausdehnung der Spinnerei und Zwirnerei von Jutegarn in Deutschland willkommen sein. Darüber ist nämlich, nach der für das Jahr 1907 veranstalteten Erhebung, wieder eine solche für die Jahre 1908, 1909 und 1910 vorgenommen worden. Nach ihr besaßen wir im Jahre 1910 in Deutschland 30 „reine“ Jute-Spinnereien und -Zwirnereien (Betriebe, welche neben Jute auch Flachs, Hanf usw. verspinnen, wurden nicht berücksichtigt). Diese verfügten über 159 400 Spinn- und 7960 Zwirnschindeln, welche im Jahre 1910 141 200 t ostindische Jute, einschließlich der Juteabfälle, verspannen, gegen 136 700 t im Jahre 1909 und 131 200 t im Jahre 1908, in denen aber eine Spinnerei stillgefallen hatte. Die erwähnten Betriebe stellten im Jahre 1910 142 900 t einbräutiges Jutegarn her (139 800, bzw. 134 400 t in den beiden Vorjahren); davon entfielen etwa 1900 (1600, bzw. 1900) t auf Garn, welches über englische Nr. VIII hinausging, während die übrige Erzeugung Garn bis zu Nr. VIII betraf.

Fast genau so groß, wie jene Hervorbringung von einbräutigem Garn, war auch die Herstellung von Garn und Zwirn insgesamt; sie betrug 142 946 t im Werte von 64 961 000 M. (139 849, bzw. 134 438 t und 66 005 000, bzw. 76 041 000 M.). Davon entfielen auf rohen und veredelten Jutezwirn 5985 t im Werte von 3 058 000 M. (6108, bzw. 5623 t und 3 236 000, bzw. 3 547 000 M.), während der gewaltige, übrige Teil auf rohes und veredeltes Jutegarn entfiel. Der gesamte Absatz des für eigene Rechnung hergestellten Jute-Garns und -Zwirns erreichte 142 400 t im Werte von 64 625 000 M. (138 200, bzw. 132 300 t und 64 985 000, bzw. 74 567 000 M.); von dieser Menge wurden an die eigenen Webereien usw. 101 916 t (97 761, bzw. 96 767 t) zur weiteren Verarbeitung gegeben.

Vom Leinwandmarkt im Monat April.

Die weitere beträchtliche Steigerung der Flachspreise und die wenig befriedigende Beschaffenheit der gelieferten Ware beeinflussten die Lage der Leinwand-Spinnerei recht ungünstig. Um nicht Geld bei der Verarbeitung zuzusetzen, waren die Spinner genötigt, die Preise immer weiter zu erhöhen. Dabei begegneten sie aber hartnäckigem Widerstand der Verbraucher, so daß, wenigstens in Flachsgarnen, nur wenig neue Verkäufe zustande kamen. Der Markt von Leinwand war etwas günstiger. Der Absatz auf ältere Abchlüsse war in Flach- und Berggarnen recht lebhaft. Mit Aufträgen sind die Spinnereien bis zum Ende des Jahres 1912 versorgt.

Elektro-magnetischer Betrieb der Webstühle.

Eine wichtig erscheinende Neuerung, so berichtet die „Deutsche Wertmeister-Zeitung“, wurde vor einiger Zeit beim Patentamt angemeldet. Den Erfindern ist es gelungen, den ganzen Gang des mechanischen Webstuhles durch Elektro-Magnete zu betätigen, wobei für den Antrieb der Webstühle besondere Elektro-Magnete angebracht sind. Letztere sind auf der Welle der Lade befestigt, so daß sie an deren Bewegung teilnehmen. Der Schützenantrieb wird durch das Schwert direkt ausgeführt, wodurch die heute übliche Schlagvorrichtung (Unterachse, Erzentier, Zahnräder, Spannfedern, Riemen) fortfällt. Durch Antrieb der Lade mittels eines dritten Doppelmagneten soll jeder Riemen- und Zahnradantrieb unnötig werden. Das würde folgende Vorteile ergeben: Der Webstuhl ist billiger, leichter und übersichtlicher, in der Geschwindigkeit regulierbar, die Erschütterungen durch den Erzentierantrieb fallen fort, unbedingt ruhiger und gleichmäßiger Gang, günstiger Kraftverbrauch. Die Betätigung der Magnete und die Regulierung der Geschwindigkeit erfolgt durch einen rotierenden elektrischen Schalter, welcher die einzelnen Bewegungen in richtiger Reihenfolge zwangsläufig einrichtet.

Lage und Aussichten in der deutschen Wollindustrie.

Obwohl manche Zweige der deutschen Wollindustrie noch über ungenügende Beschäftigung klagen und hierdurch gezwungen sind, wachsender mit Produktions einschränkungen, wenn auch von kleinerem Umfange rechnen zu müssen,

so deutet doch der befriedigende Verlauf der jüngsten Londoner Wollversteigerung, wo größere Mengen zu fast vollen Preisen von deutschen Konsumenten, nicht auf Spekulation, sondern für wirklichen Bedarf aus dem Markt genommen wurden, darauf hin, daß doch in nicht zu ferner Zeit mit einer Belebung des Geschäfts auch in der Wollspinnerei, Weberei und verwandten Branchen der deutschen Wollindustrie gerechnet werden kann. Gute Wollsorten verfolgen in letzter Zeit, obgleich man vielfach das Gegenteil erwartet hatte, eine nach oben gerichtete Tendenz, die vermutlich einen günstigen Einfluß auf die fernere Gestaltung des Geschäfts in allen Wollbranchen ausüben wird; besonders die deutschen Spinner und Kämmer zeigten wieder mehr Vertrauen und sind jetzt, nachdem ein Rückgang von Belang aller Voraussicht nach für die nächste Zeit ausgeschlossen ist, wieder zu stärkerer Bedarfsdeckung übergegangen.

Das Geschäft in wollenen Lumpen nahm, soweit die geringeren und mittleren Sorten in Frage kommen, nach einem Bericht der Frankfurter Zeitung vom 11. Mai, in den letzten Monaten einen etwas schwerfälligen Verlauf, wogegen die besseren Lumpensorten wie feine helle Äbets, Zephyrs, Lamas und Flanelle gut gefragt und recht fest im Preise sind. Einzelne ausgeglichene Sorten sind selbst zu hohen Preisen kaum zu beschaffen. Auch für feine wollene Abschnitte von Herren- und Damenstoffen liegt gute Nachfrage vor, wogegen Tuch, Kammgarn, grobe Cheviots und Halbwoollumpen etwas vernachlässigt sind. Schoddyorten sind gut begehrt und zu hohen Preisen zu plazieren. In der Spinnerei liegen die Verhältnisse sehr verschieden, wie dies die jeweilige Moderation bedingt; da letztere noch immer Stoffe aus weichem Rohstoff bevorzugt, so waren die Streichgarn- und Wungospinnereien sowohl im In- wie im Auslande in den vergangenen drei Monaten ziemlich gut beschäftigt. Die Kammgarn- und Cheviotspinnereien haben, trotzdem die Mode den Kammgarnstoffen ungünstig, doch noch bis jetzt leiblich zu tun. In letzter Zeit sind aber speziell in den Kammgarnspinnereien nur kleinere Aufträge eingegangen; es wäre sehr zu begrüßen, wenn sich darin bald eine Aenderung zum Besseren zeigen würde. Die jetzigen Preisnotierungen haben sich noch so ziemlich der Preislage der Woll- und Kammgarnmärkte anpassen können und lassen immerhin noch einen, wenn auch bescheidenen Nutzen. Die Punktstofffabriken waren infolge der besseren Beschäftigung der Wungo- und Streichgarnspinnereien befriedigend beschäftigt und konnten ihre Betriebe meistens ohne Einschränkung der Arbeitszeit aufrecht halten. In der Hauptbranche der deutschen Wollindustrie, der Dacklein-, Kammgarn- und Cheviotweberei ist eine wenn auch minimale Besserung der Geschäftslage zu verzeichnen und manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die Gesundung des Geschäfts in nächster Zeit noch weitere Fortschritte machen dürfte. An Tuchplätzen, wo die Fabrikation von weichen Stoffen besonders gepflegt wird, hat es an Aufträgen nicht gefehlt, während andere Fabrikorte, die vorzugsweise mit der Fabrikation der besseren und billigeren Kammgarnstoffen sich befassen, die Beschäftigung etwas lebhafter hätte sein können. Das Ausfuhrgeschäft ist auch besser geworden, die südamerikanischen Märkte haben besonders in den billigen Kammgarnsorten recht ansehnliche Aufträge eingesandt; das Orientgeschäft lag dagegen ziemlich ruhig.“

Aus dem Verbandsgebiete.

Arbeitslosen-Berichterstattung.

Die Arbeitslosenberichterstattung in den einzelnen Ortsgruppen werden darauf aufmerksam gemacht, daß am Samstag, den 25. Mai Arbeitslosen-Zähltag für den Monat Mai ist. Die Berichtskarten (graue Monatskarten) sind spätestens drei Tage nach Schluß des Monats an die Zentrale einzufenden. Wir bitten die Kollegen dringend, darauf zu achten, daß die Karten rechtzeitig abgesandt werden, damit uns Mahnungen erspart bleiben.

Mit kollegialem Gruß

Die Zentrale.

Zur gest. Beachtung.

Die Kranken- und Arbeitslosen-Abmeldekarten werden vielfach noch bis zum Quartalschluß zurückgehalten und erst dann mit der Abrechnung eingesandt.

Wir richten deshalb an alle Ortsgruppenvorstände die dringende Bitte, diese Abmeldekarten regelmäßig nach

Ablauf der Unterstützungen

den laufenden Sendungen an die Zentrale beizufügen.

Mit kollegialem Gruß!

Die Zentrale.

Lohnbewegungen und Arbeitslosigkeit.

Dresden.

Einen schönen Erfolg brachte die jetzt verlossene Lohnbewegung unserer hiesigen Mitglieder. Diesen Erfolg verdanken sie in erster Linie dem treuen Zusammenhalten in der Organisation. Gehören doch von dem zur Zeit aus etwa 120 Personen bestehenden Gesamtpersonal 107 unserem Verbands an. Es muß aber auch anerkannt werden, daß die Firma den guten Willen zeigte, durch friedliche Verständigung mit ihren Arbeitern die Differenzpunkte zu beseitigen.

In mehreren Verhandlungen zwischen der Firma und der Lohnkommission der Arbeiter, an welchen auch unser Bezirksleiter, Kollege Köhling, sowie als Vertreter des Zentralvorstandes Kollege Fischer teilnahmen, wurde eine Einigung auf folgender Grundlage erzielt:

1. Die zehnstündige Arbeitszeit wird eingeführt, doch verpflichten sich die Arbeiter, diese pünktlich einzuhalten und fünf Minuten vor Beginn der Arbeitszeit an der Maschine zu sein, um diese zu öfen.

2. Für die Spinnereiarbeiter werden für volle Arbeitsleistung folgende Mindesttagelöhne garantiert, unter der Bedingung, daß die Akkordlöhne für je zwei Maschinen gemeinsam verrechnet werden und die vier Anseher möglichst Hand-in-Hand schaffen:

Für Anseher über	23 Jahre	3,30 M.
" " von	23-20	3,10 "
" " "	20-18	2,80 "
" " "	18-17	2,20 "
" " "	17-16	2,-- "

Die der Schule entlassenen jungen Leute erhalten einen Anfangslohn von 10 Pf.

3. Für sämtliche Tagelöhner tritt eine Lohn-erhöhung ein, deren Höhe dem Ermessen der Firma anheimsteht.

4. Bezüglich der Arbeiterinnen behält sich die Firma vor, für entsprechende Leistungen eine Lohn-erhöhung eintreten zu lassen.

5. Es werden Lohnzettel für die Arbeiter eingeführt.

Gewiß bedeuten die vorstehenden Errungenschaften nicht die volle Befriedigung unserer Wünsche. Besonders bedauern wir, daß für die Arbeiterinnen nichts positives erreicht werden konnte. Wenn man aber bedenkt, daß es sich bei unserer Lohnbewegung um unseren ersten Versuch handelte, auf dem Wege des geschlossenen Vorgehens eine Verbesserung unserer Lage zu erzielen, so kann man doch schon von einem schönen Anfangserfolg reden. Da wir fest entschlossen sind, auch in Zukunft einig und geschlossen im christlichen Textilarbeiterverband zusammenzutreten, so werden wir auch weitere Erfolge erzielen können.

Rom ist auch nicht an einem Tage erbaut worden.

Elberfeld-Saaken.

Eine Bewegung unter eigenartigen Verhältnissen wurde bei der Firma Schlieper u. Baum, Raitundruckerei, geführt. Die Firma beschäftigt in ihren beiden Betrieben zu Elberfeld und Saaken etwa 850 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Hilfsarbeiter des Elberfelder Betriebes beschloßen Ende März, der Firma folgende Forderungen zu unterbreiten:

Erhöhung der Wochenlöhne um 2 M., Freigabe des Samstagnachmittags, Gewährung eines Sommerurlaubs unter Fortzahlung des Lohnes, und zwar für die Arbeiter, welche fünf Jahre bei der Firma beschäftigt sind, drei Tage Urlaub und für solche, die zehn Jahre beschäftigt sind, sechs Tage.

Nach mehrmaligem Verhandeln konnte der Arbeiterausschuß in der Belegschaftsversammlung am 10. April mitteilen, daß Herr Dr. Adolf Schlieper folgende Zugeständnisse gemacht habe:

Die Arbeiter über 21 Jahre erhalten ab 1. Juli eine Lohn-erhöhung von 1 M. pro Woche; diejenigen großjährigen Arbeiter, welche fünf Jahre beschäftigt sind, erhalten jedes Jahr drei Tage Urlaub; Arbeiter, welche 10 Jahre beschäftigt werden, erhalten abwechselnd einmal sechs Tage und einmal drei Tage Urlaub.

Diese Zugeständnisse würden aber nur unter der Bedingung gemacht, daß im Geschäftsjahre 1912/13 keine weiteren Forderungen gestellt würden. In einer Versammlung, die zu diesen Dingen Stellung nahm, wurde fast allseitig angeraten, die Zugeständnisse anzunehmen, was auch geschah. Nur eine Anzahl jugendlicher Arbeiter war unzufrieden, weil für sie keine direkten Zusagen gemacht worden waren. Um ihrer Unzufriedenheit Ausdruck zu geben, verließ etwa ein Dutzend der jugendlichen demonstrativ das Versammlungslokal, pflanzte sich vor dem Eingang auf und stimmten, als die übrigen Versammlungsteilnehmer das Lokal verließen, den Vers an: „Mit unsrer Macht ist nichts getan, wir sind gar bald verloren“.

Leider hatte der Elberfelder Arbeiterausschuß es unterlassen, den Arbeitern in Saaken von der beabsichtigten Bewegung vorher Kenntnis zugeben. Diese erfuhren erst etwas von der Bewegung, als dieselbe schon zum Abschluß gekommen war. Der Grund für dieses Verhalten ist wohl der, daß die Mehrzahl der Arbeiter des Elberfelder Betriebes dem sozialdemokratischen Verbande angehört und nur Mitglieder dieses Verbandes im Ausschusse sitzen, während die Mehrzahl der Saakener Arbeiter Mitglieder unseres Verbandes sind und diese den Ausschuß besetzt haben. Für jeden Gewerkschaftler sollte es doch etwas Selbstverständliches sein, daß sich die Ausschüsse beider Betriebsabteilungen vorher über etwa beabsichtigte Lohnbewegungen verständigen müssen. Wie würde sonst ein ernstes Vorgehen zu einem glücklichen Abschluß kommen können. Angenommen, es wäre in Elberfeld zu einem Streik gekommen, falls die Firma kein die Arbeiter befriedigendes Entgegenkommen gezeigt hätte — und für diesen Fall hatte nach Angabe des Gewerkschafters Steinbrink der Vorstand des sozialdemokratischen Verbandes die Bewilligung zum Streik schon gegeben —, glaubt man etwa, die Saakener Arbeiter hätten dann auch einfach die Brocken hingeworfen, wo man es vorher nicht für nötig hielt, sie über das geplante Vorgehen zu informieren und eine Verständigung herbeizuführen?

Wohl sämtliche Arbeiter in Saaken sind für eine Verständigung und für ein Zusammengehen, aber die „freie“ Verhandlung will nicht. Das zeigte sich deutlich, als einige unserer Ausschussmitglieder in Saaken an den Vorstand der dortigen sozialdemokratischen Filialleitung herantreten waren und diesem vorschlugen, in einer gemeinsamen Besprechung sich darüber zu verständigen, wie vorgegangen werden sollte. Da hieß es: ja, wir wären wohl damit einverstanden, aber von unserem Verbandsbureau ist uns mitgeteilt worden, für nächsten

Dienstag sei schon alles zu einer Belegschaftsversammlung vorbereitet, daran ließe sich nichts mehr ändern. Als nun zu dieser, von der sozialdemokratischen Verbandsleitung einberufenen Belegschaftsversammlung von den mehr als 400 Arbeitern nur rund 30 erschienen waren, da mußten auch die Verbandsführer einsehen, daß nur bei dem Zusammenarbeiten beider Richtungen erprobliche Arbeit geleistet werden kann. Deshalb mußte man jetzt notgedrungen auf den ersten Vorschlag unserer Kollegen zurückkommen: eine gemeinsame Kommission zu bilden.

Die Firma hatte im Betriebe zu Saaken anschlagen lassen, daß auch den dort beschäftigten Arbeitern je nach Beschäftigungsdauer drei und sechs Tage Urlaub bewilligt werden solle. Von einer Lohnzulage wie in Elberfeld war keine Rede. Hier sind aber die Lohnsätze von jeher um eine Mark niedriger wie im Elberfelder Betriebe, in Elberfeld jetzt 23 M., in Saaken 22 M. pro Woche. Um die schon lange angestrebte Gleichstellung der Lohnsätze zu erreichen, forderten die Arbeiter in Saaken ab 1. Juli eine Lohnzulage von 1 M., ab 1. Januar weitere 50 Pf. und am 1. April nochmals 50 Pf. Herr Dr. Adolf Schlieper erklärte nach mehrmaligen Verhandlungen mit dem Ausschusse, er wolle am 1. Juli die gleiche Lohnerhöhung eintreten lassen wie in Elberfeld, weiter könne er aber nicht gehen. Zur Begründung wies er auf die Konkurrenzbetriebe hin, die weit niedrigere Löhne zahlten, sobald seine Firma kaum noch konkurrenzfähig sei und im letzten Jahre sich mit 2 Proz. Gewinn habe begnügen müssen. Sodann könnten die Arbeiter in Saaken aber auch weit billiger leben als in Elberfeld. So wären beispielsweise in Elberfeld die Mietsätze für eine Dreizimmerwohnung im Durchschnitt um 100 M. höher als in Saaken. Mit letzteren Argumenten begründete der Elberfelder Ausschuß auch stets seine Lohnforderungen, wenn auf die Lohnsätze in Saaken hingewiesen würde. Auch jetzt würden sicher die Elberfelder Arbeiter sofort wieder mit Lohnforderungen kommen, wenn er in Saaken die gleichen Löhne zahlen wolle. Die Arbeiter in Saaken konnten die angeführten Gründe nicht in allen Punkten als stichhaltig anerkennen, sie sind der Ansicht, daß für die gleichen Arbeitsleistungen auch die gleichen Lohnsätze gezahlt werden müssen. Sodann wurde in der letzten Belegschaftsversammlung mehrfach die Notwendigkeit eines besseren Zusammenarbeitens der Ausschüsse der Elberfelder und Saakener Abteilung betont, und der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes versprach denn auch, in diesem Sinne auf seine Elberfelder Kollegen einwirken zu wollen. Nachstehende Entschließung wurde dann einstimmig angenommen:

Die am 7. März bei Hüger-Blombacherbach versammelten Arbeiter der Firma Schlieper u. Baum, Mt. Saaken, bedauern den ablehnenden Bescheid der Firmenleitung auf die gestellten Forderungen. Die Versammlung hält diese Forderung aufrecht und beauftragt die Kommission, im September d. J. eine Betriebsversammlung einzuberufen, in welcher über das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit beraten und beschlossen werden soll. Um dann den berechtigten Forderungen den nötigen Nachdruck verleihen zu können, ist eine weitere Stärkung der Organisation dringend geboten. An die Unorganisierten richten die hier versammelten deshalb die dringende Bitte, möglichst bald der Organisation beizutreten. Die organisierten Kollegen versprechen, durch unermüdlige, aufklärende Arbeit dafür zu sorgen, daß recht bald alle noch abseits stehenden Arbeiter des Betriebes der Organisation zugeführt werden, damit die Belegschaft in einmütiger Geschlossenheit zusammensteht und dadurch das gesteckte Ziel erreicht wird.

Euskirchen.

Der Streit bei der Firma Th. Hörenich wegen Einführung des Zweistuhlsystems in der Militärack-branchen ist nach viertägiger Dauer erfolgreich beendet worden.

Die Firma schafft das Zweistuhlsystem ab. Die Ketten, welche noch auf den drei Doppelstuhlpaares sind, sowie einige, die noch gebäumt sind, werden noch abgewebt, was in drei Wochen der Fall sein wird.

Des ferneren erkennt die Firma in Zukunft einen Arbeiterausschuß an und stellt wiederum einen Stuhlsteller ein, der eine zeitlang im Betriebe fehlte.

Manche Textilarbeiter, auch in Euskirchen, glauben, die Organisation nicht nötig zu haben. Hoffentlich werden sie durch das Vorgehen der Firma Hörenich zur Ueberzeugung kommen, daß nur durch eine straffe Organisation Schädigungen der Arbeitsbedingungen ferngehalten werden können.

Mülhausen (Eh.).

Ein neuer Fall der Beunruhigung für die Arbeiter der Firma Kullmann, Weberei. Wir haben erst vergangene Woche die Arbeits- und Lohnverhältnisse in diesem Betriebe etwas unter die Lupe nehmen müssen. Dabei erstarrte das Verhalten der Betriebsleitung, insbesondere langjährigen Arbeitern gegenüber, doch gewiß nicht gerade in rosigem Licht. Leider scheint aber unsere damalige Kritik wenig geschrakt zu haben; oder sucht man auf Seiten der Betriebsleitung nur den Schein zu wahren? Noch ist die Erregung über die Entlassung jenes Arbeiters nicht ganz geschwunden, und schon wird die Arbeiterchaft auf neue aus ihrer Ruhe aufgeschreckt. Letzten Montag wurde einem Arbeiter der Schlichterei, der bereits seit 13 Jahren dort arbeitete, gekündigt, weil er eine vom Herrn Direktor über ihn verhängte Strafe von 3 M. — die in diesem Falle nach der G. gar nicht zulässig war — als zu hoch bezeichnete. Weil er es also wagte, den Herrn Direktor auf das Unstatthafte und die wenig soziale Seite dieser Maßregel aufmerksam zu machen, wurde er kurzer Hand entlassen. Der Herr Direktor G. gab ihm noch als einzigen Dank

für langjährige Dienste die Begleitworte mit: „So, Ihr könnt mich jetzt auch in die Zeitung machen.“ Nach diesen Worten zu urteilen sollte man glauben, die Betriebsleitung der Weberei Kullmann mache sich ein besonderes Vergnügen daraus, in der Deffentlichkeit genannt zu werden. Wir meinen, derartige Verhältnisse liegen weder im Interesse der Firma, noch in jenem der Arbeiter. Diesen wird die Arbeitslust veretelt und der Betrieb schließlich zum Taubenschlag gemacht. Die Betriebsleitung würde sich doch wahrhaftig nichts vergeben, wenn sie die Arbeiter human behandelte und deren Wünsche etwas mehr berücksichtigen würde. Die Arbeiter können aber hieraus ersehen, wie weit es führt, wenn nicht die genügende Rückenstärkung vorhanden ist. Diese Rückenstärkung gibt ihnen die gewerkschaftliche Organisation. Darum: hinein in den christlichen Textilarbeiterverband.

Süchteln.

Eine erfolgreiche Lohnbewegung haben die Samtscherer der Firma Andraee zu verzeichnen. Die letzte Bewegung der hiesigen Samtscherer war im Frühjahr 1907. Damals mußten sich die Scherer durch ihre Einheit und Geschlossenheit in der Organisation eine ziemlich gute Position zu erkämpfen. Als aber die Arbeiter dann nach geraumer Zeit der Organisation den Rücken lehrten und glaubten, das „Unterwaffenbleiben“ nicht mehr notwendig zu haben, da versuchten die Arbeitgeber allerlei Neuerungen, die für die Arbeiter sehr schwerwiegende Konsequenzen in sich bargen. Dieses zeigt uns sehr klar die jetzt beendete Bewegung der Scherer von Andraee.

Bei genannter Firma wurden vor ca. zwei Jahren Maschinen eingeführt mit doppeltem Zylinder; ferner fanden die Arbeiter sich bereit, zwei Maschinen (dreibreittige) mit doppeltem Zylinder gegen eine sehr minimale Zulage zu bedienen. So erhielt ein Scherer, der eine vierbreittige Maschine mit zwei Zylindern bediente, für den zweiten Zylinder pro Tag 50 Pf. Zulage. Nun stellte sich heraus, daß mit den zweifachbreitigen Maschinen die Ware nicht gut wurde, und wollte die Firma nun, daß jeder Arbeiter zwei einseitige Schermaschinen (auch vierbreittige) bedienen sollte, und wollte sie den Lohn wie bisher bestehen lassen: 21 M. Wochenlohn und pro Tag die 50 Pf. Zulage für die zweite Maschine. Die Kollegen berieten nun die Situation unter Hinzuziehung der örtlichen Verbandsvertreter. Da die Mehrheit noch nicht organisiert war, wurde den Kollegen empfohlen, dafür zu sorgen, möglichst auf friedlichem Wege die Differenzen in einer für sie günstigsten Weise zu erledigen. Nach mehrmaligem Vortrittwerden des Arbeiterausschusses einigte man sich, und stellen sich die Löhne nunmehr wie folgt:

Lehrlinge:

früher: 1. Jahr	5,50 M.	jetzt: 7,-- M.
" 2. "	8,-- "	9,50 "
" 3. "	11,-- "	12,50 "

Auf einer Maschine:

früher: 17-18 Jahre	15,-- M.	jetzt 17,-- M.
" 18-19 "	17,50 "	19,50 "
" 19-20 "	19,-- "	21,-- "
" über 21 "	21,-- "	23,-- "

Ferner für die Bedienung der zweiten Maschine eine Zulage von 4 M. pro Woche.

Es wäre nur zu wünschen, daß nun auch die Scherer in den übrigen Betrieben sich mal wieder auf ihre Pflicht besinnen und gleich den Kollegen von Andraee den Weg zur Organisation fänden, damit nicht auch an ihnen sich das Sprichwort bewahrheitet: Durch Schaden wird man klug.

Aus unseren Bezirken.

Lohn- und Gewerkschaftsfragen im Wuppertale.

Die wuppertaler Arbeiterschaft, von jeher an aus-reichende Beschäftigung gewöhnt, hat nun bald jede Hoffnung auf bessere Konjunktur aufgegeben, besonders, weil die herrschende Mode kein Einsehen hat und unsere Lizen und Spitzen kieselmütterlich behandelt. Ob eine Wendung zum Besseren eintritt, wenn das weibliche Geschlecht genügend Übung in trippelnden Schrittschritten erlangt hat, bleibt abzuwarten. Jedenfalls liegt es allen Ernstes im Interesse unserer heimischen Industrie, wenn die Modemacher dazu übergehen wollten, die geradezu beängstigende Enge der äußeren Damenumhüllung etwas weiter zu spannen.

Ueber die allgemeine Lage der organisierten Arbeiterschaft im Wuppertal ist folgendes zu sagen. Bei der Firma Barthels und Feldhoff in Wilhelmstal bei Dahlhausen sind Maßregelungen „modern“ geworden. Tüchtige, erfahrene und seit Jahren dort beschäftigte organisierte Arbeiter werden entlassen. Der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. Hoffentlich gehen die Riemendreher an dieser Zeit nicht vorüber, ohne sich an ihre Brust zu schlagen und kräftig für die Stärkung unserer Bewegung zu arbeiten.

Die Färber und Bleicher haben bisher noch ver-gelblich auf eine Lohnerhöhung gewartet; sind doch seit dem 11. April dieses Jahres 2 Jahre ver-strichen seit der letzten Lohnbewegung, und die Zeit be-ginnt allgemach zu verstreichen, wo es in Zeiten umgelegt werden kann, daß aufgeschoben nicht aufgehoben ist. Nun man tröstet sich auf den Herbst. Die Lüstrierer haben hier und da kleine Erhöhungen durchgesetzt und sind emsig bemüht, weitere Ernten zu halten. Die Bandwirker für Barmer Artikel hoden auf einem toten Punkt. Die „großartig angelegte Bewegung“ ist anscheinend im Sande verlaufen. Die Seidenbandwirker gehen anscheinend ersten Zeiten entgegen, wenn es nicht gelingt, die Ar-beiterinnen zu organisieren. In einigen Betrieben ist die männliche Arbeitskraft zum Teil schon von der weiblichen Arbeitskraft verdrängt. Daß männliche Ar-beiter mit der Begründung „Arbeitsmangel“ entlassen

und dafür weibliche eingestellt werden, ist keine Seltenheit. Der einzige Weg, der beschritten werden kann, um die drohende Gefahr abzuwenden, ist der der Selbsthilfe. Die organisierten Kollegen im Seidenbandwebereibereufe dürfen sich keine Mühe verbieten lassen, um die Arbeiterinnen für die Organisation zu gewinnen. Es muß unter allen Umständen möglich gemacht werden, daß die Löhne der Arbeiterinnen tariflich festgelegt werden.

Die Unternehmer der Textilindustrie in Barmen-Elberfeld haben anscheinend ihr Herz an die „gelben“ Gewerkschaften verloren. Die Zeit der ersten Liebe hat in ihnen eine große Hoffnung unbestimmter Erfolge ausgelöst. Nun, die christlich organisierte Arbeiterkraft weiß sehr genau, was sie von solchen „Friedensbestrebungen“ zu halten hat. Am 10. Mai fand in Elberfeld eine große Versammlung statt, zu welcher starke Propaganda gemacht worden war. In dieser Versammlung sollte nun die heiße Liebe der in Betracht kommenden Unternehmer zu der gelben Einrichtung auf die Arbeiterkraft übertragen werden. Vergeltung des Bemühens! Die Arbeiterkraft ist für solche Lockungen kühl bis ans Herz hinan. Diese gelben Vereine bestehen angeblich nur im „Interesse der Arbeiter“. Allerdings könnte das Interesse besser und praktischer bekundet werden; inwiefern doch die Löhne der Textilarbeiter eine wesentliche Aufbesserung vertragen könnten. Und die Tausende von Marken, die den „gelben“ Vereinen zugeschrieben werden, würden eine bedeutendere Wirkung haben, wenn sie der Arbeiterkraft in Lohnzusätzen zugute kämen. Vielleicht ist auch eine Anzahl Arbeitgeber so liebenswürdig, im Interesse der Arbeiter und des wirtschaftlichen Friedens eine gelbe Vereinigung gegen das koalitierte Unternehmertum zu gründen. — Was dem Einen recht, ist dem Andern billig. Wir wünschen den gelben Vereinen die Gesundheit, die ihnen zukommt. Der organisierten Arbeiterkraft aber rufen wir zu: Seid auf dem Hohen, haltet die Augen offen und streitet für eure Koalitionsfreiheit als echte Gewerkschaftler. Nach dieser Zeit kommt eine andere. Die ungünstige Konjunktur kann nicht immer währen und eine gute Beschäftigung für unsere Interessen auszunutzen, ist nicht mehr wie gerecht und billig. Zweck und Ziel der Gelben aber ist, solches zu verhindern.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Bamberg. Die Einführung eines Lokalbeitrags von 10 Pfg. pro Woche und Mitglied ab Juli wurde in einer gut besuchten außerordentlichen Generalversammlung unserer Ortsgruppe einstimmig und mit großer Begeisterung beschlossen. Nach längeren überzeugenden Darlegungen unseres Bezirksvorsitzenden Kollegen Müller über die Notwendigkeit der Einführung eines Lokalbeitrags sprachen noch im Sinne des Referenten und unter dem starken Beifall aller Versammelten die Kollegen Eichelsdörfer, Behringer, Siebler, Reß, Klarmann, Kerhoff und Wittelrad. Trotz wiederholter Aufforderung des Versammlungsleiters, es möchten sich auch etwa anwesende Mitglieder zum Lokalbeitrag melden, sprach kein Mitglied gegen die Einführung. Aus der Mitte der Versammlung heraus waren von mehreren Mitgliedern Anträge auf Einführung eines Lokalbeitrags von 10 Pfg. ab Juli 1912 eingegangen. Ueber Einführung eines Lokalbeitrags, Höhe desselben und Termin des Inkrafttretens des Lokalbeitrags wurde getrennt abgestimmt und die Abstimmung brachte das schon oben mitgeteilte sehr erfreuliche Resultat, das allen in der Generalversammlung erschienenen Mitgliedern ein ehrendes Zeugnis weitfichtiger Gewerkschaftler anstellt. Vor der Abstimmung über die Höhe des Lokalbeitrags meldeten sich noch mehrere Mitglieder zum Wort und gaben ihrer Meinung Ausdruck dahingehend, daß erst mit der Einführung eines 10 Pfg. Lokalbeitrags die Ortsgruppenkasse so gestärkt werden könnte, wie dieses im Interesse der Mitglieder erforderlich wäre. Darum forderten in der Diskussion die Kollegen Reß, Siebler, Klarmann, Kerhoff, Behringer und Eichelsdörfer die Mitglieder auf, nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben, sondern auch schon deswegen für einen 10 Pfg. Lokalbeitrag zu stimmen, damit man schließlich nicht im nächsten Jahre schon wieder die Lokalbeiträge um 5 Pfg. zu erhöhen brauchen und dann dieselbe Aufklärungsarbeit in den Mitgliedertreffen nochmals verrichten müßte. Alle Generalversammlungssteilnehmer beschlossen dann auch demgemäß. Kolleginnen und Kollegen! Mit heiler Begeisterung und einstimmig wurde in unserer Generalversammlung einmütigen Beschlusses zugestimmt. Mit heller Begeisterung und einstimmig wollen wir auch jetzt alle an die Aufklärungs- und an die Agitationsarbeit gehen. Den Aufklärungs- und an die Agitationsarbeit erhöhten Opferfreudigkeit auch die Leistungsfähigkeit des Verbandes steigt, und daß je leistungsfähiger der Verband wird, desto mehr und eher sich die Arbeiterkraft ihm anschließt. Den Meinungen wollen wir zurufen daß Stillstand nur Rückschlag bedeutet. Die Beitrags- und Opferfreudigkeit wollen wir davon überzeugen, daß nur Kampf zum Siege führen kann und daß Kampfe aber immer nur dann mit Erfolg geführt werden können, wenn man beizeiten keine Opfer gescheut hat. Nach den Mitgliedern, die die Verbandbeiträge „sparen“ wollen, können wir in ruhiger und sachlicher Weise auseinandersetzen, daß man zünftig handelt, wenn man aus Sparmaßnahmen von der Gewerkschaft nichts wissen will, denn wer den Verbandbeitrag spart, muß in der Regel einen viel größeren Betrag in den recht tiefen Beutel des Kapitalismus zahlen. Wollen wir alle fortan für eine gründliche Aufklärung sorgen! Wollen wir aber auch nicht nur zahlende, tote, Nicht-Mitglieder sein, sondern wahrhaft lebendige Glieder der christlichen Gewerkschaftsbewegung unermüdbliche Förderer und Agitatoren unseres christlichen Textilarbeiterverbandes!

Bocholt. (Kohlenlenkungsfrage) Die hier selbst vom christlichen Gewerkschaftsrat eingerichtete Kohlenlenkungsfrage hielt am 12. Mai ihre Generalversammlung ab. Der Zweck der Kasse, den dem Kartell angeschlossenen Gewerkschaftsmitgliedern eine gute und billige Kohle zu verschaffen, ist in den letzten Jahren, und besonders auch im vorvergangenen Jahre, voll und ganz erreicht worden. Dies ging aus dem vom Vorsitzenden Vortrag gehaltenen Geschäftsbericht und dem vom Kassierer demnächst erscheinenden Jahresbericht hervor. Als die Forderung anhub, feste die mit dieser Funktionen betraute Kohlenkommission den Preis für Kohle

(Kauf 3) von 90 auf 85 Pfg. pro Zentner herunter. Die Kohlen werden den Mitgliedern frei ins Haus gebracht. Genannte Herabsetzung des Kohlenpreises gab den hiesigen Kohlenhändlern Veranlassung, gegen die Kohleneinkaufskasse in der Presse zu polemisieren. Die Händler gaben aber bei dieser Gelegenheit selbst zu, daß das Kartell günstiger und vorteilhafter arbeiten könne, wie die Händler. In der Tat haben die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften durch den gemeinsamen Kohlenbezug hier bedeutende Vorteile. Mit Rücksicht auf den günstigen Stand der Kasse (der Gesamtüberschuss betrug im letzten Geschäftsjahr 2289,42 M.) soll, trotz der am 1. April d. J. durch das Kohlenyndikat herbeigeführten allgemeinen Kohlenpreiserhöhung, der billige Preis von 85 Pfg. pro Zentner vorläufig noch beibehalten werden. Möge diese Einrichtung des christlichen Gewerkschaftskartells, welche viele Vorteile bietet, auch in der Agitation für unsern Verband Beachtung und Erwähnung finden.

Hof (a. d. Saale). „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung in ihrer Bedeutung für Deutschlands Zukunft!“ Dieses Thema behandelte der Kollege Melcher aus Greiz in einer öffentlichen Versammlung. Das Ergebnis der vergangenen Reichstagswahlen und die Vorgänge im Ruhrrevier seinem Vortrag zu Grunde legend, zeigte Kollege Melcher, wie heute schon auf politischem und wirtschaftlichem Gebiete unsere Arbeiterbewegung mitbestimmend auf die Gestaltung unseres Volkslebens geworden ist. Vor allem könne man das auf gewerkschaftlichem Gebiete feststellen. Der Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier habe gezeigt, wie die christlichen Gewerkschaften, unbestimmt um die bodenlose Bekämpfung von Seiten der Sozialdemokratie, stets nur die Interessen der gesamten Arbeiterkraft im Auge hatten, wie der Gewerkschaften christlicher Bergarbeiter durch seine Haltung das deutsche Wirtschaftsleben vor größeren Störungen bewahrt. Diese Erkenntnis muß sich auch in den Schichten der Bevölkerung durchsetzen. Kollege Melcher ging dann des weiteren auf den erzieherischen Wert der christlich-nationalen Arbeiterbewegung ein. Gerade darin liege der Wert unserer Gewerkschaftsbewegung, daß sie die Arbeiter zu Persönlichkeiten heranbilde, die es ernst meinen mit ihrer Lebenslage. Seine Ausführungen gipfelten in dem Wunsche einer gemeinsamen Arbeit von konfessionellen Arbeiter-, Jugendvereinen und christlichen Gewerkschaften zur Stärkung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung. Reicher Beifall belohnte den Referenten für seine trefflichen Ausführungen.

In der Diskussion nahm das Wort der Arbeiterssekretär Worms aus Nürnberg. Er erklärte in längeren Ausführungen den Unterschied der christlichen und sozialistischen Gewerkschaftsbewegung, und trat ebenfalls warm für ein gemeinsames Zusammenarbeiten aller Volksgenossen zur Stärkung unserer christlich-nationalen Arbeiterbewegung ein. Einige „Genossen“ begleiteten die Feststellungen der beiden Redner von der arbeiterschädigenden Tätigkeit der Sozialdemokratie mit Sächeln, dürften damit aber kaum das Gegenteil bewiesen haben.

Landeshut. In dem einleitenden, allgemeinen Teil des Berichtes der Handelskammer Landeshut für das Jahr 1911 werden u. a. die Erhöhungen der Arbeiterlöhne als „verteuerndes Moment“ angeführt. Dies trifft nun für den wichtigsten Industriezweig des Handelskammerbezirks nicht zu, wie sich jeder überzeugen wird, der den Auszug des Berichtes liest. Vor zwei Jahren wurde bei einer Gelegenheit von den Unternehmern angeführt, daß die damals eingereichten Lohnforderungen der Arbeiterkraft bei besserem Geschäftsgang berücksichtigt werden sollen. Nun ist seit reichlich einem halben Jahre ein wirklich guter Geschäftsgang zu verzeichnen, aber an eine Berücksichtigung der Lohnforderungen der Arbeiter haben die Unternehmer jedenfalls noch nicht gedacht. Die Arbeiter haben wenigstens noch nichts davon gemerkt. Es macht sich denn auch in den Betrieben unter der Arbeiterkraft eine starke Mißstimmung bemerkbar. In der letzten Mitgliederversammlung wurde denn auch allgemein der Anregung zugestimmt, baldmöglichst durch allgemeine Textilarbeiterversammlungen zu dieser Frage Stellung zu nehmen und eventuell durch eine erneute Eingabe an die eingereichten Lohnforderungen zu erinnern.

Was wir aber auf Grund der Erfahrungen in den letzten beiden Jahren befürchten, nämlich eine geringe Beteiligung der Arbeiterkraft an den öffentlichen Versammlungen, traf auch für die am 9. Mai einberufene allgemeine Textilarbeiterversammlung zu. Die Leitung der Versammlung sah denn auch bei dem geringen Besuch der Versammlung von der Abhaltung derselben ab.

Kollegen und Kolleginnen! Mit dem fortwährenden Schimpfen und Raisionieren über geringe Löhne und schlechtes Material, auf der anderen Seite aber mit einigen 40 oder 50 Mann in den öffentlichen Versammlungen bei einer nach Tausenden zählenden Arbeiterkraft imponieren wir den Unternehmern keineswegs. Auch die Unorganisierten dürften sich wünschen, wenn sie glauben, daß die Organisationen möglichst bald in einen Streit eintreten und die Unternehmer die Unorganisierten ansprechen und ihnen den entgangenen Arbeitsverdienst entschädigen werden. Nein — soll es besser werden, dann eintreten in den Verband und mitgearbeitet. Nur so ist Aussicht auf Besserung gegeben.

Plauen. 9760 Stichtmaschinen. Von der Handelskammer Plauen ist am 1. Mai 1911 eine Statistik über die in ihrem Bezirke, in den Fürstentümern Neuß älterer und jüngerer Linie, der preussischen Enklave Geseß, sowie in der Amtshauptmannschaft Annaberg vorhandenen Schiffschneid- und Handstichtmaschinen veranlaßt worden, aus der folgendes hervorzugehen ist. Die Zahl der vorhandenen Schiffschneidmaschinen stellte sich 1911 auf 9760 gegen 4423 im Jahre 1902, die Zahl der Handstichtmaschinen auf 5197 gegen 3279. Bei den Schiffschneidmaschinen hat sich die Zahl der Fabrikantenbetriebe und Maschinen von 87 Betrieben mit 1209 Maschinen im Jahre 1902 auf 175 Betriebe mit 2129 Maschinen im Jahre 1911 vermehrt; die Zahl der Lohnbetriebe und Maschinen hat von 1196 Betrieben mit 3214 Maschinen im Jahre 1902 auf 3517 Betriebe mit 7631 Maschinen im Jahre 1911 zugenommen. Von den 9760 Schiffschneidmaschinen fanden 1911 5083 in Kleinbetrieben (bis mit 4 Maschinen), 3047 in Mittelbetrieben (5 bis 15 Maschinen) und 1630 in Großbetrieben (16 und mehr Maschinen). Mit Elektrizität wurden 8357, mit Explosionsmotoren 951 und mit Dampf und Wasser 452 Maschinen betrieben. Der Länge nach waren von den 9760 Maschinen 8773 bis 4,5 Meter und 967 über 4,5 Meter lang, unter den letzteren 603 Automatenmaschinen, von denen 429 in Großbetrieben, 164 in Mittel- und 10 in Kleinbetrieben aufgestellt waren. In der Handstichtmaschinenfabrik hat bei den Fabrikantenbetrieben eine Vermehrung von 84 im Jahre 1902 auf 91 im Jahre 1911 stattgefunden, wogegen die Fabrikantenmaschinen einen Rückgang von 982 im Jahre 1902 auf 957 im Jahre 1911 zu verzeichnen haben. Die Zahl der Lohnbetriebe und Maschinen ist dagegen von 1789 Betrieben mit 2297 Maschinen

im Jahre 1902 auf 3129 Betriebe mit 4240 Maschinen im Jahre 1911 gestiegen. Von den Maschinen standen 1911 3986 in Kleinbetrieben, 601 in Mittelbetrieben und 610 in Großbetrieben. Die in den Lohnkleinbetrieben ermittelten 3080 Maschinen sind zu rund vier Fünfteln in Betrieben mit nur einer Maschine aufgestellt. Der Bauart nach zerfallen die Handstichtmaschinen in 1996 zweireihige und 3201 dreireihige, und dem Rapport nach verteilen sie sich auf 188 mit $\frac{1}{4}$, 4357 mit $\frac{1}{2}$ und 652 mit $\frac{3}{4}$ Rapport. Von den Maschinen waren 3836 auf Kambrit, 1173 auf Buntstickerie, 61 auf Spühen und 127 auf sonstige Stickerien beschäftigt. Neuß a. L. hatte am 1. Mai 1911 im ganzen 51 Stickeriebetriebe mit 166 Maschinen, Neuß j. L. 36 Betriebe mit 127 Maschinen.

Süchteln. Herrliches Frühlingswetter, dazu recht und links in den Nachbarnorten Vergnügen. Das schien für viele unserer Mitglieder Grund genug zu sein, die Mitgliederversammlung am 6. Mai zu schwängen. Der Vorsitzende gab zunächst einen kurzen Rückblick über die im ersten Quartal erledigten Arbeiten. Diese galten vornehmlich der Arbeiterinnenagitation. Bezüglich der Bergarbeiterbewegung wurde in einer sehr gut besuchten, öffentlichen Arbeiter- und Bürger-versammlung durch Kollege Redakteur Foss (M.-Glabbach) die nötige Aufklärung geschaffen. Nach der Erstattung des Rassenberichts unterhielt man sich eine Weile über die Renovierung der Bibliothek, mit dem Ergebnis, daß 30 M. zur Anschaffung neuer Bücher bewilligt wurden. Im Herbst erhält jedes Mitglied dann ein gedrucktes Verzeichnis der vorhandenen Schriften. Der Vorsitzende des Ortskartells, Kollege Stadth. Kallen, berichtete sodann über die Tätigkeit des Kartells im vergangenen Jahre. In der nachfolgenden Diskussion wurde die Art und Weise, wie das Betriebsamt der Bierstädtebahn sich den Anträgen der Arbeiterkraft gegenüber benimmt, entschieden verurteilt. Den Schluß der Versammlung bildete eine Aussprache über die Verhältnisse in den hiesigen Betrieben. Fast alle Diskussionsredner waren der Meinung: Wenn die Verhältnisse besser werden sollen, ist vor allen Dingen eine regere Beteiligung der Arbeiterkraft an den Betriebs- und Mitgliederversammlungen erforderlich. Kollegen und Kolleginnen merkt euch und handelt demgemäß.

Briefkasten.

Nach Mühlhausen. Dein letzter Bericht kam für diese Nummer zu spät. Nächste Nummer. Die vor 14 Tagen eingelangte Notiz eignet sich nicht zur Veröffentlichung in unserem Organ.

B. D. Bocholt. Um Deinem Wunsche nachkommen zu können, müßten wir die Angaben haben. Aber sie fehlen uns. Wir haben an der betreffenden Stelle schon wiederholt angeregt, die Erhebung mal zu machen; es wird jedenfalls demnächst geschehen. Dann bringen wir die Angaben. — Belegnummer des B. B. erhalten. Besten Dank und Gruß.

R. B. Du mußt Dich in solchen Fällen immer vorher an den Bezirksleiter wenden.

Zurückgestellt werden mußten die Schlußteile der Artikel: „Zur gewerkschaftlichen Organisation der Textilarbeiterinnen“ und „Auspringende Schützen.“ Auch sind mehrere Zuschriften wegen Stoffandrang liegen geblieben.

Versammlungskalender.

Bocholt (Bezirk Ost). 24. Mai, 1/9 Uhr, im Lokale der vier Jahreszeiten. — 27. Mai, 10 Uhr, Langenbergstraße, Abrechnung der Vertrauensmänner. Eynatten. 2. Juni, 11/2 Uhr, bei Gah zu Hauset. Neuwert. 1. Juni, 9 Uhr, bei Ant. Kommerstirchen, außerordentliche Generalversammlung.

Adressenänderung.

Ab 1. Juni d. J. lautet meine Adresse: Erhard Kiefer, Säckingen a. Rh., Baslerstraße Nr. 25.

Sterbe-Tafel.



Es starben die Verbandsmitglieder:

- Ludwig Schättl in Augsburg. Heinrich Richter in Greven. Mathilde Böhm in Neustadt. Jakob Rohe in Düren.

Ehre ihrem Andenken!

Inhaltsverzeichnis.

Pfingsten! — Artikel: Die Verdächtigung der christlichen Gewerkschaften. — Aus dem Jahresbericht der Gewerbeinspektionsbezirke des Regierungsbezirkes Münster. — „Wenns dem Gsel zu wohl wird, dann geht er aufs Eis.“ — Zusammenbruch der Tarifbewegung in Neumünster. — Feuilleton: Frühlingshoffen. — Die Textilkunst des Altertums. — Allgemeine Rundschau: Das Jahrhundert des wertvollen Volkes. — „Berliner“ Verdächtigungsmethoden. — Zur wirtschaftlichen Lage der Textilarbeiter. — Parität in der Buchdrucker-Tarifgemeinschaft. — Ein sozialdemokratischer Monopolvertrag und seine Folgen. — Lohnverlust durch Streit, keine Steuerermäßigung. — Die Partei der Meinungsfreiheit und der wissenschaftlichen Erkenntnis. — Nachwehen der Ratseier. — Ueber die grundsätzliche Stellung des Gewerkschafts christlicher Bergarbeiter. — Der Mitgliederstreik im sozialdemokratischen Bergarbeiterverband. — Englische Arbeiterabgeordnete über das Halbzeitarbeiter-System. — Unserer Industrie: Das tägliche Geschäft in Seidenwaren. — Vom Satgewerbe. — Vom Leinwandmarkt im Monat April. — Elektro-magnetischer Betrieb der Webstühle. — Lage und Ausichten in der deutschen Wollindustrie. — Aus dem Verbandsgebiete: Arbeitslosen-Berichterstattung. — Zur gest. Beachtung! — Lohnbewegungen und Arbeitsfreitigkeiten: Drusenheim. — Elberfeld-Lacken. — Eastirchen. — Mühlhausen (Hf.). — Süchteln. — Aus unseren Bezirken: Lohn- und Gewerkschaftsfragen im Buppertale. — Berichte aus den Ortsgruppen: Bamberg. — Bocholt. — Hof (a. d. Saale). — Landeshut. — Plauen. — Süchteln. — Briefkasten. — Versammlungskalender. — Adressenänderung. — Sterbetafel.